

SEIT
1946

6-7/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



VIVIAN MAIER

WESTLICHT

**Wenn wir solidarisch sind, wird
diese autoritäre Wende nicht
gelingen**

Gabriele Michalitsch

Build it in Britain

Jeremy Corbyn

**Die Entzivilisierung
der liberalen Demokratie**

Wolfgang Edelmüller

**Das Bildnis
des Dorian Macron**

Ludwig Dvořák

EDITORIAL

Zurecht wurde die Bundesregierung dafür kritisiert, mit dem überfallsartigen Beschluss des neuen Arbeitszeitgesetzes mit den bisherigen sozialpartnerschaftlichen und parlamentarischen Gepflogenheiten zu brechen. Ein Sittenbild für die Politik von Konzernkanzler Kurz war die Ankündigung des IV-Präsidenten, der während der kurzen öffentlichen Debatte gönnerhaft erklärte, dass ‚wenn bei der Gleitzeit tatsächlich Überstundenzuschläge entfielen (was natürlich de facto der Fall ist), er mit der Regierung über den angeblich von den schwarz-blauen Abgeordneten formulierten Antrag »reden werde«, um noch Änderungen in Auftrag zu geben.

Ein derart wichtiges Gesetz fünf Wochen vor der Beschlussfassung ohne Begutachtung während der Fußball-WM einzubringen, an den Wirtschafts-, statt an den fachlich zuständigen Sozialausschuss zuzuweisen, im Eilverfahren durchzuziehen und dann auch noch das In-Kraft-Treten kurzfristig vorzuziehen, ist aber noch mehr als eine Abkehr von liebgekommenen, vielleicht auch bewährten, Traditionen.

Das Vorgehen war und ist nicht rein ökonomisch motiviert. Es geht auch, aber eben nicht nur, vielleicht nicht einmal vorrangig, um die verstärkte Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen. Das Vorgehen der Regierungsparteien im Auftrag von IV und WKÖ war und ist zuallererst ein frontaler politischer Angriff auf die Betriebsräte und die Gewerkschaftsbewegung. Es ist der Versuch, die Grenzen für ein aggressives Vorgehen gegen die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretung auszutesten. Der ÖGB tut daher gut daran, die Angelegenheit nicht mit der Beschlussfassung im Parlament auf sich beruhen zu lassen und den Widerstand auch nach der beeindruckenden Großdemonstration zu Sommerbeginn mit aller Macht fortzusetzen. Denn hier führt die Regierung Klassenkampf von oben, um das soziale Gefüge Österreichs noch aggressiver und umfassender als bisher, grundlegend umzugestalten.

Nichtsdestotrotz ist es umso wichtiger, über die genauen **Inhalte des neues Gesetzes** und seiner **Gefahren** Bescheid zu wissen. An der Spitze steht daher ein Text, der das neue Gesetz für die Kampagne **neinzum12studentag.at** aus der

Sicht der **FachexpertInnen der Gewerkschaften** in allen Details beleuchtet.

In ihrem **Redebeitrag** auf der Großdemonstration des ÖGB am 30.6., den wir hier im Heft dokumentieren, skizzierte die Ökonomin und Politikwissenschaftlerin **Gabriele Michalitsch**, die **autoritäre politische Dimension** des Gesetzgebungsprozesses.

Wolfgang Edelmüller wiederum beleuchtet in seinem Beitrag, durch welche Wirkungsweisen der **Rechtspopulismus liberale Demokratien** enthumanisiert und in Frage stellt.

In dieser Ausgabe dokumentieren wir, mit einer entsprechenden einleitenden Erläuterung, auch **Jeremy Corbyns** brandaktuelle **Grundsatzrede** zu einer **neuen britischen Wirtschafts- und Industriepolitik** der britischen Labour Party nach dem Brexit, die **erstmalig in deutscher Sprache** veröffentlicht wird.

Ludwig Dvořák analysiert schließlich die **Details und Zusammenhänge der Affäre** um den bisherigen Sicherheitschef im Kabinett des Präsidenten, Alexandre Benalla im Zusammenhang mit den **politischen und sozialen »Reformen« in Macrons bisheriger Amtszeit**.

Wir möchten uns für die eingetretenen redaktionellen und produktionstechnischen Verzögerungen der letzten beiden Ausgaben entschuldigen. Wir nutzen den Sommer dafür, den eingetretenen Zeitverlust wieder aufzuholen. Statt einer Ausgabe 06/2018 und einer Sommerausgabe 07-08/2018 erscheint heuer eine Doppelnummer 06-07/2018 und 08/2018. Ab Ausgabe 09/2018 sollten »die planmäßigen Intervalle wiederhergestellt« sein.

Mit den besten sommerlichen Grüßen wünschen wir gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Vivian Maier

Selbstporträt, New York, 1953

© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY

6 Das neue Arbeitszeitgesetz

ÖGB

14 Wenn wir solidarisch sind, wird diese autoritäre Wende nicht gelingen

VON GABRIELE MICHALITSCH

16 Die Entzivilisierung der liberalen Demokratie

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

22 Build it in Britain

VON JEREMY CORBYN

30 Das Bildnis des Dorian Macron

VON LUDWIG DVOŘÁK

Das neue Arbeitszeitgesetz

Überfallsartig hat die Bundesregierung eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes durchs Parlament gepeitscht und den 12-Stunden-Tag nach den Wünschen von Industriellvereinigung und Wirtschaftskammer eingeführt. In letzter Sekunde wurde das In-Kraft-Treten des Gesetzes auch noch auf den 1. September 2018 vorverlegt. Im vorliegenden Text geben die ExpertInnen der Gewerkschaften und des ÖGB einen Überblick über die konkreten Änderungen und die Gefahren für ArbeitnehmerInnen, Betriebsräte und Gewerkschaften, die von diesem Gesetz ausgehen und deren Debatte die Regierung mit ihrem skandalösen Vorgehen verhindern will.

Bis 31. August 2018 ist es bei Vorliegen eines erhöhten Arbeitsbedarfs möglich, die Arbeitszeit um fünf Überstunden in der einzelnen Woche und darüber hinaus um höchstens sechzig Überstunden innerhalb eines Kalenderjahres zu verlängern. Wöchentlich sind jedoch gesetzlich nicht mehr als zehn Überstunden zulässig. Die Tagesarbeitszeit darf zehn Stunden und die Wochenarbeitszeit 50 Stunden nicht überschreiten.

Darüber hinaus ist es bei vorübergehend auftretendem besonderen Arbeitsbedarf mit Betriebsvereinbarung möglich, in höchstens 24 Wochen des Kalenderjahres Überstunden bis zu einer Wochenarbeitszeit von 60 Stunden zuzulassen. Wurde die Arbeitszeit in acht aufeinanderfolgenden Wochen nach dieser Bestimmung verlängert, sind solche Überstunden in den beiden folgenden Wochen unzulässig. Die Tagesarbeitszeit darf hierbei 12 Stunden nicht überschreiten. Dies ist jedoch nur zur Verhinderung eines unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Nachteils möglich, und auch nur dann, wenn andere Maßnahmen nicht zumutbar sind.

In Betrieben ohne Betriebsrat ist hierfür die Erklärung der Unbedenklichkeit durch den/die ArbeitsmedizinerIn und entsprechende Einzelvereinbarungen nötig.

Die Leistung von Überstunden bis zur zehnten Stunde und von auf Betriebsvereinbarung beruhenden Sonderüberstunden kann vom/von der ArbeitnehmerIn bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Interessen nicht verlangt werden. Bei auf Einzelvereinbarung beruhenden Überstunden besteht

ein absolutes Ablehnungsrecht, und ArbeitnehmerInnen dürfen deswegen insbesondere hinsichtlich des Entgelts, der Aufstiegsmöglichkeiten und der Versetzung nicht benachteiligt werden. Das beschlossene Gesetz dreht nun die Verhältnisse vollständig um und macht die Ausnahme zur Regel.

DER NEUE 12-STUNDEN-TAG

Schon bei Vorliegen eines erhöhten Arbeitsbedarfs alleine gilt nun: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit darf innerhalb eines Durchrechnungszeitraums von 17 Wochen 48 Stunden zwar nicht überschreiten, wöchentlich sind nicht mehr als zwanzig Überstunden zulässig. Somit ist eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden zulässig. Die Tagesarbeitszeit darf künftig zwölf Stunden nicht überschreiten. Damit entfällt für die 11./12. Stunde die Notwendigkeit eines vorübergehend auftretenden besonderen Arbeitsbedarfs.

Auch die Notwendigkeit sowohl einer Betriebsvereinbarung (oder arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit) als auch der Verhinderung eines unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Nachteils entfällt vollständig. Auch die Einschränkung auf höchstens 24 Wochen im Kalenderjahr und maximal acht Wochen am Stück gibt es nicht mehr. Somit bleibt einzig die der EU-Arbeitszeitrichtlinie geschuldete Grenze von durchschnittlich 48 Stunden innerhalb von 17 Wochen. Somit ist die Einführung einer dauerhaften 48-Stunden-Woche möglich.

Anders betrachtet bedeutet das, dass bisher bis zu 320 Überstunden pro Jahr zulässig waren ($52 \times 5 + 60$). Ab 1. September 2018 erhöht sich diese Zahl auf 416 (52×8), da im

Durchschnitt 48 Stunden zulässig). Das widerlegt somit auch die Behauptung, dass »niemand mehr arbeiten muss«, wenn es der Arbeitgeber verlangt.

Es ändert sich nichts daran, dass ArbeitnehmerInnen nur zur Leistung einer neunten und zehnten Tagesstunde herangezogen werden dürfen, wenn keine berücksichtigungswürdigen Interessen des/der ArbeitnehmerIn entgegenstehen. Der Gesetzestext sieht nun weiters vor, dass es ArbeitnehmerInnen freisteht, ohne Angabe von Gründen Überstunden über zehn Stunden täglich bzw. 50 Stunden wöchentlich abzulehnen. Der Begriff der Freiwilligkeit ist jedoch dem Arbeitsrecht völlig fremd. Vor allem die persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber lässt keine Freiwilligkeit zu, da prinzipiell immer eine mögliche Kündigung im Raum steht. So sind Kündigungen nach der geltenden Gesetzeslage nicht begründungspflichtig.

Darüber hinaus besteht ein gewisser Widerspruch zwischen der Freiwilligkeit und der Anordnung von Überstunden. In der Regel steht in Arbeitsverträgen, dass nur angeordnete Überstunden als solche gelten und bezahlt werden. Die Anordnung erfolgt jedoch durch den Arbeitgeber. Der/die ArbeitnehmerIn wird in der Regel wohl nicht an den Arbeitgeber herantreten und fragen, ob er/sie länger bleiben darf.

BENACHTEILIGUNGSVERBOT

ArbeitnehmerInnen dürfen ab 1. September 2018 aufgrund der Ablehnung der elften und zwölften Stunde insbesondere hinsichtlich des Entgelts, der Aufstiegsmöglichkeiten und der Versetzung nicht benachteiligt werden. Sollten ArbeitnehmerInnen deswegen gekündigt werden, können sie die Kündigung innerhalb von zwei Wochen bei Gericht anfechten. Fälschlicher- und unverständlicher Weise wird seitens öVP und FPÖ von einem Kündigungsschutz gesprochen. Das ist schlichtweg falsch. In der Praxis wird der/die ArbeitnehmerIn zunächst gekündigt, womit das Arbeitsverhältnis beendet ist. Der/die ArbeitnehmerIn hat nur die Möglichkeit, über das Gericht feststellen zu lassen, dass ein verpönter Kündigungsgrund vorliegt. Im besten Fall wird Monate oder Jahre später vom Gericht die Kündigung rückwirkend für unwirksam erklärt. Ob er/sie nun auf den Arbeitsplatz zurückkehren kann oder lieber eine Entschädigungszahlung wählt, steht dabei auf einem anderen Blatt.

Da Kündigungen in Österreich nicht begründet werden müssen, ist diese Regelung kein Schutz für ArbeitnehmerIn-

nen. Im Ergebnis bedeutet das nur, dass man »freiwillig« wesentlich mehr Überstunden macht als bisher. Vor allem die persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber lässt nur in Ausnahmefällen Freiwilligkeit zu, da bei mehrmaliger Ablehnung von Überstunden prinzipiell immer langfristige Folgen bei Beförderungen oder Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten sind.

Auch wenn im Gesetz ein Diskriminierungsverbot steht, kann der Arbeitgeber immer noch ohne Angaben von Gründen jederzeit das Dienstverhältnis kündigen. Wenn zwischen der Ablehnung der Überstunden und einer nicht erfolgten Beförderung oder Kündigung einige Zeit verstreicht, lässt sich der Zusammenhang vor Gericht nur mehr sehr schwer glaubhaft machen.

Das erwähnte Benachteiligungsverbot bezüglich Entgelt, Aufstiegsmöglichkeiten und Versetzung ist übrigens vollkommen ohne jegliche Möglichkeit der Anfechtung gestaltet. Bekämpft werden kann nur die Kündigung, nicht die Benachteiligung.

An den Regeln zur Möglichkeit einer neunten und zehnten Stunde ändert sich nichts. So bleibt die schon bisher geltende Bestimmung, wonach ArbeitnehmerInnen zur Leistung von Überstunden nur dann herangezogen werden dürfen, wenn keine berücksichtigungswürdigen Interessen der ArbeitnehmerInnen dem entgegenstehen, weiterhin aufrecht.

Außerdem sollte bisher das AZG auch den/die ArbeitnehmerIn davor schützen, die eigene Lebenszeit und Gesundheit zu verkaufen. Es ist gerade die Intention des Arbeitszeitrechts, bestimmte Zeiten von der ökonomischen Verwertung auszunehmen und den ArbeitnehmerInnen zu ihrer privaten Lebensgestaltung zur Verfügung zu stellen. Der Schutz des Arbeitszeitrechts ist nun massiv verloren gegangen. Dies ist umso bedenklicher, als die Arbeitszeitrichtlinie wiederholt darauf verweist, dass das Arbeitszeitrecht ein ArbeitnehmerInnen-Schutzrecht ist.

Der Passus der »Freiwilligkeit« wurde auch bei der Wochenendarbeit aufgenommen, jedoch nur für ArbeitnehmerInnen in Betrieben ohne Betriebsrat (Einzelvereinbarungen). Das Gesetz lässt offen, wie ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit Betriebsrat sich gegen Wochenend- und Feiertagsarbeit wehren können. Schließlich regelt eine Betriebsvereinbarung nicht, welche/r ArbeitnehmerIn an welchem Wo-

chenende/Feiertag eingesetzt werden soll. Konkret muss also bei vorübergehend auftretendem besonderen Arbeitsbedarf (das ist die Voraussetzung) auch hier mit dem/der Einzelnen gesprochen werden.

Die Regelung der aktiven Reisezeit (§ 20b Abs. 6 AZG) entfällt, weil obsolet. Allerdings erfolgte die damalige Erweiterung um die elfte und zwölfte Stunde aktiver Reisezeit vor dem Hintergrund, Menschen zu ermöglichen, nach der höchstzulässigen Arbeitszeit mit dem eigenen Fahrzeug nachhause zu fahren, ohne dass der Arbeitgeber deshalb eine Strafe wegen Verletzung der Arbeitszeit zu befürchten hat. Dieselbe Problemstellung ergibt sich nun einfach um zwei Stunden nach hinten verschoben. Wir vermuten, dass in Bälde mit denselben Argumenten eine Ausdehnung um weitere zwei Stunden aktive Reisezeit gefordert wird.

Vor- und Abschlussarbeiten bleiben trotz der Erweiterung der Höchstarbeitszeit weiterhin möglich und ermöglichen damit eine Gesamtarbeitszeit über 12 Stunden hinaus.

12 STUNDEN BEI GLEITZEIT

Derzeit beträgt die maximale Grenze der zuschlagsfreien Normalarbeitszeit bei Gleitzeit täglich zehn Stunden. Künftig sollen bei Gleitzeit unter gewissen Voraussetzungen bis zu zwölf Stunden täglich zuschlagsfrei möglich sein. Das bedeutet, dass Plusstunden innerhalb der Gleitzeitperiode nur mit Zeitausgleich 1:1 ausgeglichen werden. Das Gesetz sieht ab 1. September 2018 vor, dass die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden ausgedehnt werden kann, wenn die Gleitzeitvereinbarung vorsieht, dass ein Zeitguthaben ganztägig verbraucht werden kann und ein Verbrauch in Zusammenhang mit einer wöchentlichen Ruhezeit nicht ausgeschlossen ist.

Wie eine derartige Regelung in der Praxis umgesetzt werden soll, bleibt mehr als fraglich. Genügt es, wenn der/die ArbeitnehmerIn nur einen einzigen Gleittag in der Gleitzeitperiode konsumieren kann? Auch wenn ein Verbrauch in Zusammenhang mit einer wöchentlichen Ruhezeit nicht ausgeschlossen ist, stellt sich die Frage, was in denjenigen Fällen passiert, in denen der Arbeitgeber dies einfach nicht zulässt. Ein einseitiges Recht, das Wochenende durch Verbrauch von Zeitguthaben zu verlängern, ist im Gesetz nicht verankert. Es ist keinerlei Rechtsanspruch auf einseitigen Verbrauch von Zeitguthaben im Gesetz zu finden. Somit darf zwar der Verbrauch in ganzen Tagen nicht ausgeschlossen sein, jedoch

ist der tatsächliche Verbrauch immer von der Zustimmung des Arbeitgebers abhängig. Ein Recht zum einseitigen Verbrauch von Zeitguthaben seitens des/der ArbeitnehmerIn besteht nicht. Erst nach Ablauf von sechs Monaten ab Ende der Gleitzeitperiode kann der/die ArbeitnehmerIn den Zeitpunkt des Zeitausgleichs unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von vier Wochen einseitig bestimmen. Es sind somit ab 1. September 2018 zuschlagsfrei 60-Stunden-Wochen im Rahmen der Gleitzeit möglich.

Die neue gesetzliche Festlegung, dass vom Arbeitgeber angeordnete Arbeitsstunden über die Normalarbeitszeit hinaus als Überstunden gelten, ist kein Fortschritt. Im Gegenteil, es stellt einen Rückschritt zur derzeitigen Rechtslage dar, in der im Grunde jede angeordnete Zeit außerhalb der Kernzeit als Überstunde zu gelten hat. Hinzu kommt, dass Überstunden in der Regel nicht ausdrücklich, sondern schlüssig durch Arbeitszuweisung aufgetragen werden. Die Judikatur betrachtet bisher auch schlüssig aufgetragene Überstunden als angeordnet.

AUSNAHMEN AUS DEM AZG/ARG

Bisher sind aus den Regelungen des AZG/ARG leitende Angestellte ausgenommen, denen maßgebliche Führungsaufgaben selbstverantwortlich übertragen sind. Diese Ausnahme wird nun ab 1. September 2018 erweitert.

Nach bisheriger Rechtsprechung (GZ) sind diese Ausnahmetatbestände erfüllt, wenn ein/e ArbeitnehmerIn wesentliche Teilbereiche eines Betriebs in einer Weise eigenverantwortlich leitet, dass er sich aufgrund seiner einflussreichen Position aus der gesamten Angestelltenschaft heraushebt. Dem leitenden Angestellten muss ein erheblich größerer Entscheidungsspielraum eingeräumt sein als anderen ArbeitnehmerInnen. Maßgebliche Führungsaufgaben im Sinne der derzeitigen Rechtslage liegen nicht nur dann vor, wenn dem Angestellten Vorgesetztenfunktion zukommt, sondern auch, wenn ihm Entscheidungen auf kaufmännischem oder technischem Gebiet obliegen. Eine Rolle bei der Beurteilung der Stellung des Angestellten spielt auch, in welchem Umfang er bei der Einteilung seiner eigenen Arbeitszeit gebunden ist und in welchem Umfang er diesbezüglich Kontrollen unterliegt. Eine starke Bindung in diesem Bereich spricht gegen seine Stellung als leitender Angestellter.

Ab 1. September 2018 sollen leitende Angestellte oder sonstige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen maßgebliche selbständige Entscheidungsbefugnis übertragen ist

und deren gesamte Arbeitszeit auf Grund der besonderen Merkmale der Tätigkeit

- a) nicht gemessen oder im Voraus festgelegt wird, oder
- b) von diesen ArbeitnehmerInnen bzw. Arbeitnehmern hinsichtlich Lage und Dauer selbst festgelegt werden kann aus dem Arbeitszeit- und Arbeitsruhezeit ausgenommen werden.

Es fällt zu Beginn gleich auf, dass das Kriterium der selbstverantwortlich übertragenen maßgeblichen Führungsaufgaben wegfällt. Diese Definition war jedoch ganz wesentlich zur Entwicklung der einschlägigen Judikatur. Fällt diese nun weg, stellt sich die Frage, was mit »maßgebliche selbständige Entscheidungsbefugnis« genau gemeint sein kann.

Auch die lit a) ist reichlich unklar. Bisher konnte die Arbeitszeit nur bei jenen nicht gemessen oder im Voraus festgelegt sein, die nicht unter das AZG fielen. Somit steht in Hinblick im AZG: »Es gilt nicht für jene, für die es nicht gilt.«

Die lit b) führt jedenfalls zu einer weitgehenden Ausweitung auf viele ArbeitnehmerInnen, die ein Arbeitszeitmodell mit sehr freier Zeiteinteilung haben (z. B. Gleitzeit ohne oder mit geringer Kernzeit) und in einem gewissen Maße selbständige Entscheidungsbefugnis haben. Sind damit WissenschaftlerInnen, die ein gewisses Maß an Autonomie in der Einteilung der eigenen Arbeit haben, JournalistInnen, für die dasselbe gilt und auch AußendienstmitarbeiterInnen mit einem hohen Maß an Autonomie vollständig aus dem Schutz des AZG/ARG ausgenommen?

Aus den Erläuterungen geht aber ganz klar die Stoßrichtung dieser Änderung hervor: »Im Gegensatz zum Begriff »leitender Angestellter«, der nach der Judikatur im Wesentlichen nur die 1. und 2. Führungsebene umfasst, wird nunmehr auch die 3. Führungsebene bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen einbezogen.« Daher sollen mehr ArbeitnehmerInnen aus dem Schutzbereich des AZG/ARG ausgenommen werden. Wer damit genau gemeint sein soll, bleibt aber weitgehend im Dunkeln. Sind damit FilialleiterInnen und TeamleiterInnen ebenfalls aus dem Geltungsbereich ausgenommen? Zu befürchten ist jedenfalls, dass tausende ArbeitnehmerInnen zusätzlich betroffen wären, die heute noch in den Geltungsbereich fallen.

Völlig neu kommt die Ausnahme für Familienangehörige dazu, die bisher nicht aus dem AZG/ARG ausgenommen waren.

Gerade nahe Angehörige können sich in der Regel noch schwerer selbst zur Wehr setzen als andere ArbeitnehmerInnen, da zur dem Arbeitsverhältnis immanenten wirtschaftlichen Abhängigkeit auch noch die familiäre Beziehung hinzutritt. Obwohl Angehörige letztlich von den rechtlichen Möglichkeiten nur selten Gebrauch machen, ist es eine klare Wertung des Gesetzgebers, wenn er dieser Gruppe den Schutz entzieht.

Wir sehen hier vor allem sehr viele Frauen betroffen, die im Betrieb des Ehemannes, Lebensgefährten, Vaters oder Sohnes mitarbeiten. Im Großen und Ganzen wurde bei beiden Ausnahmen wortgleich aus der Arbeitszeitrichtlinie abgeschrieben.

AUSNAHMEN VON DER WOCHENEND- UND FEIERTAGSRUHE

Die Wochenendruhe ist in unserer Arbeitsrechtsordnung besonders geschützt. Speziell Arbeiten am Sonntag sind rigoros auf bestimmte Tätigkeiten und die absolut notwendige Zahl an Beschäftigten eingeschränkt und bedürfen der Zulassung durch Verordnung. In besonderen Fällen ist es auch möglich, Arbeiten am Sonntag durch Kollektivvertrag zuzulassen. Das beschlossene Gesetz sieht vor, dass bei vorübergehend auftretendem besonderen Arbeitsbedarf durch Betriebsvereinbarung Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe an vier Wochenenden oder Feiertagen pro ArbeitnehmerIn und Jahr zugelassen werden können. In Betrieben ohne Betriebsrat kann Wochenend- und Feiertagsarbeit schriftlich mit den einzelnen ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern vereinbart werden.

Somit ist es möglich, eine entsprechende Belegschaftsgröße vorausgesetzt, das ganze Jahr über durchgehend den Betrieb offen zu halten. In diesem Zusammenhang wird jedoch vor dem Hintergrund der bestehenden Rechtsprechung intensiv zu prüfen sein, ob ein vorübergehend auftretender besonderer Arbeitsbedarf als Voraussetzung für die Durchführung von Wochenend- oder Feiertagsarbeit vorliegt.

Es ist nun möglich, Betriebsvereinbarungen bzw. Einzelvereinbarungen im Vorhinein für wiederkehrende Ereignisse abzuschließen, sofern diese den Anlass umschreiben.

Eingeschränkt ist diese Regelung lediglich dadurch, dass eine Ausnahme von der Wochenendruhe nicht an vier aufeinanderfolgenden Wochenenden erfolgen kann. Da die-

se Ausnahme, wie bereits dargestellt, jedoch nicht pro Betrieb, sondern pro ArbeitnehmerIn gilt, ist sie keine große Einschränkung.

Zum Ablehnungsrecht sei auf die obigen Ausführungen verwiesen.

ÜBERTRAGUNG VON ZEITGUTHABEN

Zukünftig ist eine mehrmalige Übertragung von Zeitguthaben und Zeitschulden in den nächsten Durchrechnungszeitraum möglich, sofern der Kollektivvertrag es zulässt. Diese Neuregelung lässt aber viele Fragen offen. Der Gesetztext sieht nicht vor, wie lange Zeitguthaben bzw. Zeitschulden mitgenommen werden können. Ob das zwei, fünf oder mehr Jahre sind, legt das Gesetz nicht fest. Das bedeutet, dass die Zeitguthaben nicht am Ende des Durchrechnungszeitraums ausbezahlt werden müssen. Die Regelung sieht auch keine Möglichkeit seitens des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin vor, erarbeitetes Zeitguthaben nach eigenen Bedürfnissen einseitig zu konsumieren. In Zukunft werden Zeitguthaben wohl gesondert aufgezeichnet werden müssen (Topf 1 für Überstunden bis zu 10 Stunden/Tag und 50 Stunden/Woche und Topf 2 über darüberhinausgehende Überstunden), was insbesondere für ArbeitgeberInnen einen beträchtlichen bürokratischen Mehraufwand bedeutet.

VERKÜRZUNG DER RUHEZEIT IM GASTGEWERBE

Bisher konnte im Gast-, Schank- und Beherbergungsgewerbe der Kollektivvertrag für vollzeitbeschäftigte ArbeitnehmerInnen in Küche und Service von Saisonbetrieben eine Verkürzung der täglichen Ruhezeit während der Saison auf mindestens acht Stunden unter der Voraussetzung zulassen, dass die Verkürzungen nach Möglichkeit während der Saison, jedenfalls aber im Anschluss an die Saison auszugleichen sind. Der Kollektivvertrag hat dabei vorzusehen, dass die Ruhezeitverkürzungen in einem eigenen Ruhezeitkonto zu erfassen sind, und die nähere Form des Ausgleichs im Sinne einer Sicherstellung der Erholung der ArbeitnehmerInnen zu regeln. Der Kollektivvertrag für Hotel- und Gastgewerbe macht von dieser Möglichkeit Gebrauch und sieht im Konkreten vor, dass die ununterbrochene Ruhezeit unter den Voraussetzungen auf 8 Stunden verkürzt werden kann, dass der Betrieb regelmäßig warme Speisen mit Schwerpunkt Frühstück und Abendessen verabreicht und während der Dauer der Beschäftigung eine Unterkunft zur Verfügung gestellt wird bzw. der Wohnsitz maximal eine Wegstrecke von 30 Kilometern vom Betrieb entfernt liegt.

Das nun beschlossene Gesetz legt fest, dass im Gast-, Schank- und Beherbergungsgewerbe in allen Betrieben (und nicht mehr nur in Saisonbetrieben) für ArbeitnehmerInnen (und nicht mehr nur für Vollzeitbeschäftigte) bei geteilten Diensten die tägliche Ruhezeit auf mindestens acht Stunden verkürzt werden kann. Ein geteilter Dienst liegt vor, wenn die Tagesarbeitszeit durch eine Ruhepause von mindestens drei Stunden unterbrochen wird. Solche Verkürzungen sind innerhalb von vier Wochen, in Saisonbetrieben nach Möglichkeit während der Saison, spätestens jedoch im Anschluss an die Saison, durch Verlängerung einer anderen täglichen Ruhezeit auszugleichen. Die Notwendigkeit eines entsprechenden Kollektivvertrags fällt weg. Somit auch die derzeitigen Einschränkungen, wie die maximale Wegstrecke von 30 Kilometer bzw. das zur Verfügungstellen einer Unterkunft. Im Rahmen von Kollektivverträgen können günstigere Vereinbarungen getroffen werden. Bestehen kollektivvertragliche Regelungen, so bleiben diese also aufrecht.

Das ist somit eine massive Ausweitung der Möglichkeit der Verkürzung der Ruhezeit. Das bringt weitreichende Folgen mit sich, insbesondere im Hinblick auf eine Einschränkung des Soziallebens und auf steigende Gefahren für die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen.

AUFRECHTERHALTUNG VON BETRIEBSVEREINBARUNGEN UND KOLLEKTIVVERTRÄGEN


Der Gesetztext sieht vor, dass bestehende Gleitzeitvereinbarungen aufrecht bleiben. Regelungen in Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen, die für ArbeitnehmerInnen günstigere Bestimmungen vorsehen, werden durch die Änderung nicht berührt. Diese Ergänzung ist in Bezug auf Betriebsvereinbarungen, die die gleitende Arbeitszeit regeln, überflüssig. Gleitzeitvereinbarungen sind erzwingbare Betriebsvereinbarungen im Sinne des § 97 Abs 1 Z 2 ArbVG. Eine einseitige Kündigung ist ausgeschlossen. Sie kann nur im Einvernehmen mit oder unter Einschaltung der Schlichtungsstelle beendet werden. Fraglich ist aber, was passiert, wenn trotz einer Gleitzeitvereinbarung, die 10 Stunden Höchstarbeitszeit vorsieht, darüber hinaus gearbeitet wird. Es werden dann wohl einfach Überstunden sein, denn ein Verstoß gegen die Höchstarbeitszeit besteht nun innerhalb der 12-Stunden-Grenze nicht mehr.

Auch die Betriebsvereinbarungen nach § 7 Abs 4 AZG werden abgeschafft. Da es sich dabei dem Wesen nach um befristete Betriebsvereinbarungen handelt, enden diese mit Zeit-

ablauf. Was mit über den 1. September 2018 bestehenden Betriebsvereinbarungen geschieht, ist fraglich.

Ein weiterer negativer Effekt des Wegfalls der notwendigen Betriebsvereinbarungen ergibt sich, da diese oft auch besondere Abgeltungen der elften und zwölften Stunde vorgesehen haben. Somit kommt es zu Kürzungen von Zuschlägen sowie sonstiger Ausgleichsmaßnahmen.

Der Gesetzestext sieht nun vor, dass bei Überstunden über zehn Stunden täglich bzw. 50 Stunden wöchentlich der/die ArbeitnehmerIn bestimmen kann, ob die Abgeltung in Geld oder durch Zeitausgleich (inkl. Zuschlag) erfolgt. Es ist jedoch nicht festgelegt, wann der/die ArbeitnehmerIn diese Freizeit konsumieren kann, und daher ist es für den/die ArbeitnehmerIn wieder nicht planbar, wann er/sie diese Freizeit konsumieren kann.

Regelungen in bv und kv, die Einschränkungen der Arbeitszeit vorsehen, werden in Zukunft jedoch nur zivilrechtliche Ansprüche auslösen, Verwaltungsstrafsanktionen sind jedoch für kv- und bv-Verletzungen nicht vorgesehen. Insbesondere trifft dieses Problem auf die weiterhin bestehenden Einschränkungen der Verkürzung der Ruhezeit im kv des Hotel- und Gastgewerbes zu. 

Der vorliegende Text fasst die Einschätzung der **EXPERTINNEN DER GEWERKSCHAFTEN** und des **ÖGB** zum neuen Arbeitszeitgesetz zusammen und wurde ursprünglich für die Kampagnenseite www.neinzum12studentag.at veröffentlicht.

VIVIAN MAIER

STREET PHOTOGRAPHER

Die Entdeckung des Werks von Vivian Maier schlug 2009 ein wie eine Bombe. Die Geschichte der bis dato völlig unbekanntes Fotografin, die sich ihren Unterhalt zeitlebens als Kindermädchen verdient hatte und deren zu großen Teilen aus Negativen bestehendes Archiv auf einer Zwangsauktion eher zufällig in die Hände eines jungen Sammlers geraten war, begeisterte die Öffentlichkeit weit über die klassischen Fotozirkel hinaus. „Ein Jahrhundertfund – und eine Geschichte, die man sich besser nicht hätte ausdenken können“, so WestLicht-Gründer Peter Coeln.

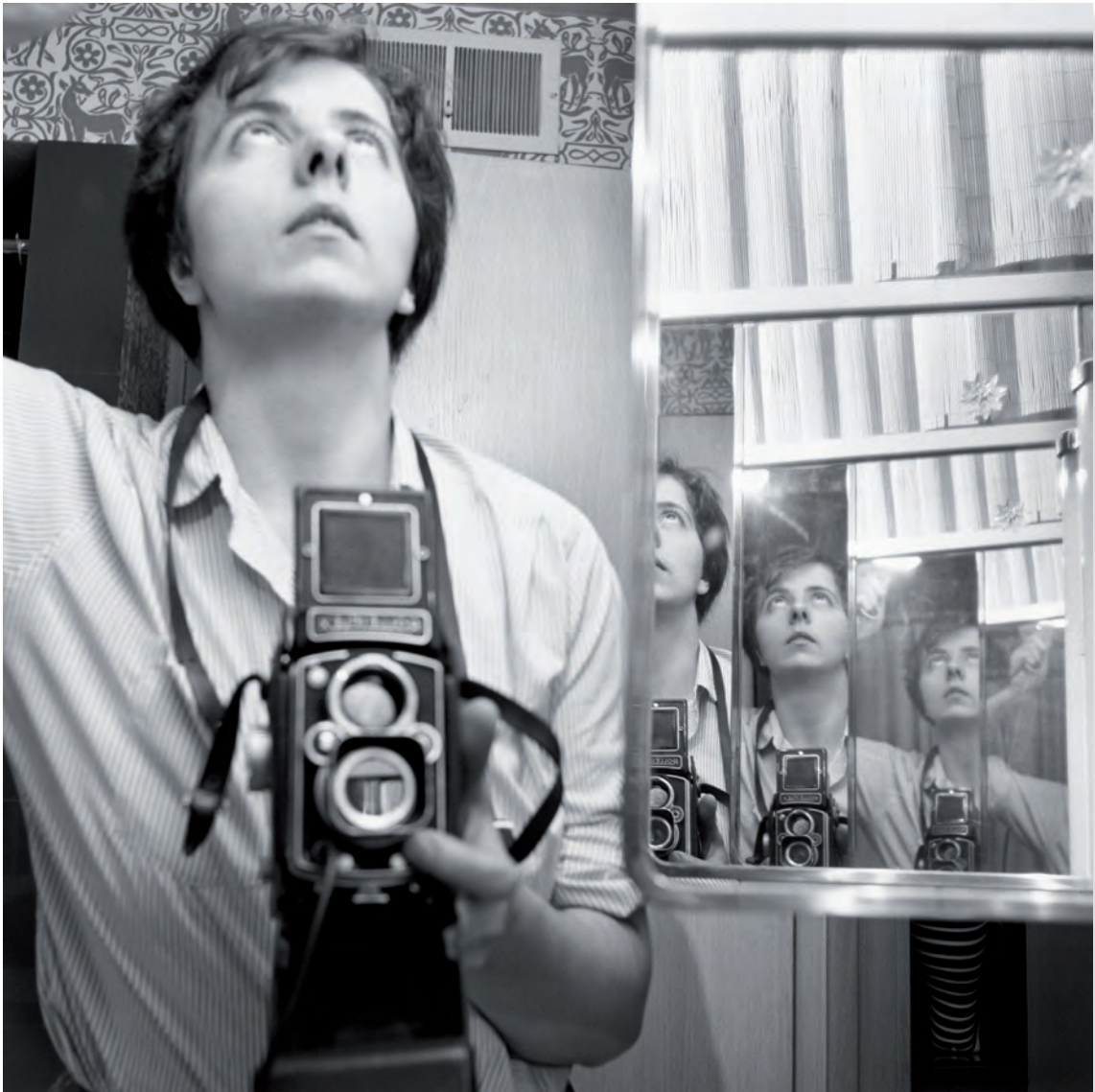
Gleichsam über Nacht wurde Vivian Maier zum Star, in einem Atemzug genannt mit Größen wie Henri Cartier-Bresson, Robert Frank, Lee Friedlander oder Diane Arbus und gehandelt von den renommiertesten Galerien. Die hollywoodreife Erzählung wurde 2013 in einer Dokumentation verarbeitet, die weltweit in den Kinos lief und bei den Academy Awards 2014 für einen Oscar als Best Documentary Feature nominiert war. Vivian Maier selbst hat den späten Welterfolg nicht mehr erlebt. Sie starb 2009, zwei Jahre nachdem ihre Negative, Abzüge, 8 mm-Filme und Tonbänder versteigert worden waren, weil sie den Mietzins der Lagerräume schuldig geblieben war, in einem Altersheim an den Folgen eines Sturzes – nur wenige Tage, bevor der Sammler ihren letzten Wohnsitz ausfindig machen sollte.

Bis 19.08.2018

WestLicht. Schauplatz für Fotografie

Westbahnstraße 40, 1070 Wien

www.westlicht.com



Vivian Maier

Selbstporträt, New York, 1956

© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY

Wenn wir solidarisch sind, wird diese autoritäre Wende nicht gelingen

Die Demonstration gegen den 12-Studentag der schwarzblauen Bundesregierung hat nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 120.000 und 150.000 Menschen mobilisiert. Gabriele Michalitsch argumentiert, dass bei dieser Maßnahme nicht nur die ökonomische Dimension gesehen werden darf, sondern das große Ganze in den Blick genommen werden muss: die Umsetzung einer autoritären Wende. Im Nachfolgenden ihr Redebeitrag vom 30. Juni bei der Abschlusskundgebung am Heldenplatz.

Ich spreche hier als jemand, der seit langen Jahren gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen analysiert. Es geht heute um den 12-Studentag, aber es geht auch um eine autoritäre Wende in diesem Land, um Demokratie, um Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere in den Arbeitsverhältnissen, aber auch um demokratische, also gleichwertige, gleichgewichtige Beziehungen in der gesamten Gesellschaft. Denn dagegen richtet sich der 12-Studentag.


Er richtet sich gegen die Gewerkschaft, indem Mitbestimmung der Betriebsräte ausgeschaltet wird und damit Arbeitszeitverhandlungen individualisiert werden, die Beschäftigten vereinzelt und die Einzelnen mehr oder weniger der Willkür der Unternehmen ausgeliefert werden. Das ist es, was autoritär schließlich bedeutet: Der Willkür anderer ausgeliefert zu sein.

Die einzelnen Arbeitsverhältnisse werden autoritärer. Aber auch die Geschlechterbeziehungen werden autoritärer. Wenn Frauen an den Rand des Arbeitsmarktes oder aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden und damit verstärkt in ökonomische Abhängigkeit geraten, dann werden auch private Beziehungen autoritärer.

Und selbstverständlich geht es besonders um den Stellenwert des Parlaments, dem Kern unseres demokratischen Systems. Der Initiativantrag zum 12-Studentag ist ein Versuch, die demokratische Beratung im Parlament auf ein Minimum zu reduzieren, möglichst keinen Widerspruch zuzulassen, sich nicht auseinanderzusetzen.

Die Kurzfristigkeit der 12-Studentagsinitiative weist auch darauf hin, dass der öffentliche Diskurs möglichst eingeschränkt werden soll, während Kritik gleichzeitig als »Grüelpropaganda«, also in reinster NS-Diktion, abqualifiziert wird.

Es geht aber auch um eine demokratische Haltung, um demokratisches Regieren, das heißt, die Interessen der überwältigenden Mehrheit in diesem Land zu vertreten, auf diese zu achten. Offensichtlich aber ist dies nicht das Bestreben der Regierung, sondern ihr geht es einzig um Profitinteressen.

Aber eine solche Haltung, eine solche autoritäre Wende hat keine Chance, wenn wir solidarisch agieren, wenn wir uns nicht spalten lassen, weder nach Hautfarbe, noch nach Geschlecht, noch nach Alter, noch nach Qualifikation, noch nach Muttersprache. Wenn wir eins sind, wenn wir solidarisch sind, wird diese autoritäre Wende nicht gelingen und Demokratie, Menschen- und Bürger- und Bürgerinnenrechte werden siegen. 

GABRIELE MICHALITSCH

ist Politikwissenschaftlerin und Ökonomin und lehrt an den Universitäten Wien und Klagenfurt zu Politischer Ökonomie und politischen Theorien.



Vivian Maier
New York, 10. April 1955
© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY

Die Entzivilisierung der liberalen Demokratie

Wolfgang Edel Müller zeichnet in seinem Beitrag nach, wie der Rechtspopulismus mit tatkräftiger Unterstützung durch konservative und liberale »Brückenbauer« und das Versagen der Linken, eine Alternative zur neoliberalen Wirtschaftspolitik zu entwickeln, rassistische und autoritäre Politikmuster verstärkt und unsere Demokratie enthumanisiert.

Multikulturalität gehört zum sozialen Wesen einer modernen politischen Demokratie. Denn wenn man die Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte aller Personen unterschiedslos und daher unabhängig von ihrer ethnischen Abstammung, sozialen Herkunft, Sprache, Religion, sexuellen Orientierung usw. anerkennt, respektiert und fördert, muss es einen sozialen Raum geben, in dem sich diese Diversität frei und ungehindert entfalten kann. Die europäische Demokratie, die man je nach Geschmack als liberale oder politische Demokratie bezeichnen kann, beruht unter anderem auf den völkerrechtlichen Nachkriegserrungenenschaften der UN-Menschenrechtscharta (1948), der Europäischen Menschenrechtskonvention (1950) und der Genfer Flüchtlingskonvention (1951). Zuletzt haben die darin enthaltenen Prinzipien ihren präzise erweiterten Wiederhall in der »Charta der Grundrechte der Europäischen Union« (2000) gefunden. Und daher ist die Aufnahme von an Leib, Leben und Freiheit bedrohten Flüchtlingen für die Europäische Union eine unabweisbare humanitäre Verpflichtung, die sich aus dem demokratischen Rechtsbestand der Staatengemeinschaft ableitet.

Das demokratische Europa ist seit jeher ganz unabhängig von der politisch regulierbaren Migration im Wege von Einwanderungsgesetzen mit der sozialen Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen konfrontiert, deren Tempo und Ausmaß vom globalen Kriegselend, der Ausbreitung von Diktaturen, der Flucht vor Klimakatastrophen und vom wirtschaftlichen Niedergang in seiner unmittelbaren Nachbarschaft bestimmt wird. Multikulturalität in den europäischen Gesellschaften ist daher schon lange keine Option mehr, sondern eine sozialgeschichtlich gewachsene Realität, an der die postkoloniale und industrielle Arbeitsmigration einen weit höhe-

ren Anteil hat, als die krisenbedingt wiederkehrenden Flüchtlingsbewegungen. Die europäischen Demokratien haben die Integration der ArbeitsmigrantInnen aus den ehemaligen Kolonien und der europäischen Peripherie mehr schlecht als recht bewerkstelligt und sind mit der Bewältigung der Einwanderung aus der aktuellen Flüchtlingsbewegung, die 2015 durch die Kulmination von Kriegs- und Krisenereignissen im Nahen und Fernen Osten sowie auf dem afrikanischen Kontinent eine massive Beschleunigung erfahren hat, schlichtweg überfordert. Aus der Vergangenheit nachwirkende Integrationsmängel und weit verbreitete Akzeptanzprobleme bei der laufenden Aufnahme von Flüchtlingen sind Tatsachen, denen man mit Realitätssinn ins Auge sehen muss. Dabei sollte man allerdings eine klare Differenzierung vornehmen.

WIRTSCHAFTSMIGRATION IN DER »GOLDENEN ÄRA«

Die ersten großen Wellen der wirtschaftlichen Binnenmigration (etwa aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, dem italienischen Mezzogiorno, usw.) haben am Höhepunkt der Dauerkonjunktur des europäischen Wiederaufbaus eingesetzt, um einen bereits spürbaren Arbeitskräftemangel in der florierenden Massenproduktion und dem aufstrebenden Dienstleistungssektor zu überbrücken. Wobei viele »GastarbeiterInnen« an einer wohlstandsgesicherten Rückkehrperspektive in ihre Herkunftsländer festhielten. Natürlich sind sie großteils nicht zurückgekehrt, sondern wurden ein nachhaltiger und unverzichtbarer Bestandteil der expandierenden Arbeitsmärkte und ein kulturell bereichernder Zugang in den modernisierten und liberalisierten Gesellschaften der europäischen Einwanderungsländer. Ihre Arbeitsplätze waren bis zu den gegen die Stagflation gerichteten Rezessionskrisen weitgehend gesichert, gleichwohl gehörten sie wegen der latenten Diskrimi-

nierung zu den ersten Opfern der ab den 1980er-Jahren betriebenen neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

FLÜCHTLINGSBEWEGUNG NACH 30 JAHREN NEOLIBERALISMUS

Die Flüchtlingsbewegung der jüngeren Zeit trifft dagegen auf europäische Arbeitsmärkte, die von den negativen Beschäftigungsauswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und ihren Folgen für die Masseneinkommen schwer in Mitleidenschaft gezogen sind. Nach gut drei Jahrzehnten Austeritätspolitik in Verbindung mit permanenter Arbeitsmarktflexibilisierung werden die nach unten segmentierten Arbeitsmärkte von hoher Arbeitslosigkeit und einer voranschreitenden Ausdehnung der Niedriglohnsektoren beherrscht.

Nach der Finanzmarktkrise, in der die Krisenanfälligkeit des globalisierten und liberalisierten Finanzsektors ihren systemischen (und beinahe finalen) Höhepunkt verzeichnet, erreicht die Deroutierung der Arbeitsmärkte durch die austeritätspolitischen Restriktionsstrategien zur Bewältigung der Krisenfolgen (Staatsverschuldung, Eurokrise, usw.) Ausmaße, die alle bisherigen Beschäftigungskrisen seit der Großen Depression der 1930er-Jahre übertreffen. Diese Entwicklung hat die materiellen Lebensbedingungen weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung so spürbar verschlechtert, sodass man heute bereits als Steigerung der »Zweidrittelgesellschaft« von einer »unteren Bevölkerungshälfte« sprechen kann, in der Pauperisierung, Prekarisierung, Unterbezahlung, Arbeitshetze, Gesundheitsgefährdung, Hilflosigkeit, Perspektivlosigkeit, Zukunftsangst und Unsicherheit zu lebensprägenden Existenzbedrohungen geworden sind.

Und man muss nicht unmittelbares und aussichtsloses Opfer dieser Misere sein, allein das täglich erfahrbare Panorama der sozialen Bedrückung im eigenen Lebensumfeld reicht, um Enttäuschung, Angst, Wut und Aversion zu provozieren. Zumal die verantwortlichen politischen Instanzen keinen glaubwürdigen Ausweg bieten können: die noch am ehesten kampfbereiten Gewerkschaften sind durch die Krise deutlich geschwächt und die Parteien der europäischen Linken haben sich in unterschiedlichen Graden in das neoliberale Zerstörungswerk an der sozialstaatlich regulierten Marktwirtschaft verstrickt.

Der soziale Humus für den Aufstieg des Rechtspopulismus wurde durch die Hegemonie des Neoliberalismus bereitet, der auch als handlungsleitendes Paradigma für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union gedient hat. Sowohl die

krisenverstärkenden Konstruktionsfehler der Währungsunion als auch die sozialökonomischen Entwicklungsdefizite in den postkommunistischen Reformländern haben ihren Ursprung in neoliberalen Regulierungs- und Transformationskonzepten, die den sozialen Abstieg bis zur wirtschaftlichen Depri- vation großer Teile der arbeitenden Bevölkerung gezielt in Kauf nehmen. Und die Krisendynamik nach dem mühsam abgewendeten Zusammenbruch des globalen Finanzsystems hat diesen Prozess beschleunigt. Die EU-Grundfreiheiten bieten für die am schlimmsten betroffenen Gesellschaften einen Migra- tionsausweg, sodass die Binnenwanderung qualifizierter Ar- beitskräfte aus den mediterranen sowie den zentral- und osteu- ropäischen Regionen der Union bereits die Dimension eines entwicklungshemmenden Brain Drains angenommen hat. Und damit steigt selbst in den qualifizierten Arbeitsmarktseg- menten der Zielländer der Lohndruck durch Verdrängungs- wettbewerb. Migration aus allen Richtungen wird zur Angst- und Drohkulisse nicht nur für die bis zur Armutgefährdung geschwächten Schichten der Bevölkerung, sondern auch für jene arbeitsmarktfähigen Berufsgruppen, die aus der Mitte der Gesellschaft verstärkt an den Rand gedrängt werden und da- durch immer näher an den sozialen Abgrund heranrücken.

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN EUROPA

Die Ursprungsparteien des Rechtspopulismus in den europä- ischen Demokratien haben eine lange historische Tradition, die in unterschiedlichen Ausprägungen fast durchgängig mit rassistischen und rechtsextremistischen Ideologien verbun- den ist. Ein »Klassiker« ist die FPÖ, die aus der »Wahlpartei der Unabhängigen«, einem wahlpolitischen Sammelbecken für ehemalige Nazis, hervorgegangen ist. Trotz ihrer ideolo- gischen Wandlungen, die sie auf dem Weg von einer minori- tären Honoratiorenpartei mit einschlägigem Anhang aus dem ewiggestrigen Nazimilieu zu einer rechtspopulistischen Mit- telpartei mit Massenzulauf aus der sozial benachteiligten Ar- beiterInnenschaft vollzogen hat, ist die rassistische Inklination zum Rechtsextremismus keineswegs überwunden, wie die aktuelle und beständig wachsende »Liste der Einzelfälle« aus den Funktionärskreisen und burschenschaftlichen Vorfeldor- ganisationen eindrücklich beweist. Aber auch der Beginn des Aufstiegs der Haider-FPÖ bis zur Regierungsbeteiligung in der ersten schwarz-blauen Koalition unter der ÖVP-Kanzlerschaft von Wolfgang Schüssel lässt sich sozialökonomisch in jenem gesellschaftlichen Wandel verorten, der nach dem Ende des »Austro-Keynesianismus« (dem »österreichischen Weg« der Beschäftigungssicherung) und dem Ausbruch der strukturel- len Krise der Verstaatlichten Industrie in den achtziger Jahren

(dem »Jahrzehnt der Gier«, das auch die industrielle Strukturpolitik geprägt hat) erstmals die relativ konjunkturstable Nachkriegsentwicklung mit deutlichen Beschäftigungsverlusten und einem wachsenden sozialen Druck auf die breite Bevölkerung durch steigende Arbeitslosigkeit erschüttert hat.

Anders die Entwicklung in Deutschland, wo der neonazistische Rechtsextremismus trotz kurzlebiger Aufschwünge dem parlamentarischen Randgruppenschicksal kaum entkommen konnte, weil der politische Protest gegen die soziale Krise und die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik (»Hartz IV«) nach der Wiedervereinigung primär zu einer Auffächerung des linken Parteienspektrums mit starken WählerInnenverlusten der Sozialdemokratie und der Grünen an die auch aus den SED-Ruinen entstandene »Linke« geführt hat. Die »Alternative für Deutschland« (AfD), ursprünglich eine national-liberale Partei des »Professorenprotests« gegen den Euro und das die länderübergreifende Schuldengemeinschaft fördernde Bail-Out-Management der Eurokrise, repräsentiert daher den »verspäteten« Auftritt des deutschen Rechtspopulismus, der zwar die versprengten Abwicklungsreste des Rechtsextremismus rasch integrieren konnte, aber erst vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise eine signifikante politische Bedeutung gewonnen hat.

Und so könnte man die jeweils länderspezifischen Entstehungsgeschichten des europäischen Rechtspopulismus aus der Tradition der radikalen Rechten im Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien, Niederlande, Skandinavien und nicht zuletzt den osteuropäischen Reformländern erzählen. Auffällig ist, dass der mediterrane Süden mit seinen weit in die Nachkriegsgeschichte hineinreichenden Faschismuserfahrungen (Spanien, Griechenland) relativ resistent gegen den populistischen Rechtsextremismus war. Vielmehr hat er die sozialökonomische Krise, die vom aufgezwungenen EU-Austeritätsregime nach der Finanzmarktkrise dramatisch verstärkt wurde, zunächst im Aufblühen einer undogmatischen, spontanen und populären Linken politisch verarbeitet. Ehe in Italien vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise alle Dämme nach rechts gebrochen sind und die »Lega« die innenpolitische Szene zu bescherrschen und in der Migrationsfrage die EU unter Druck zu setzen begann. In all diesen Analysen würde aber sehr deutlich werden, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus durch die kampagnenfähige Aufbereitung des ideologischen Erbes der extremen und rassistischen Rechten mit dem Abstieg der betroffenen Gesellschaften in die sozialökonomische Krise korreliert, die von der wirtschafts- und sozialpolitischen Vor-

herrschaft des Neoliberalismus in seinen verschiedenen Ausprägungen befördert wurde. Inzwischen ist der europäische Rechtspopulismus im Zentrum der politischen Macht angekommen und entfaltet seine defensive Imitationswirkung auf das liberal-konservative Parteiengefüge, das neben den Massenparteien der demokratischen Linken von der WählerInnenabwanderung zu den Rechtspopulisten am stärksten betroffen ist. Dieser ideologische Expansionismus ist eng mit der Flüchtlingskrise und ihren Auswirkungen vor allem in den Hauptzielländern der Flüchtlingsbewegung Österreich, Deutschland, Schweden, Griechenland und Italien verbunden. Für das lose Länderbündnis der osteuropäischen Visegrád-Staaten bietet die vorübergehend stark beschleunigte Migration einen politisch willkommenen Vorwand, um ihre rechtsnationalistischen Regime zu stabilisieren und zu radikalieren. Wobei Ungarn und Polen einen regelrechten Sonderweg gegen die europäischen Verfassungsprinzipien der politischen Demokratie eingeschlagen haben.

AUSSTRAHLUNG AUF DAS LIBERAL-KONSERVATIVE LAGER

In einer legitimationssprachlich modernisierten Form des völkischen Rassismus aktiviert der Rechtspopulismus geradezu neurotische Phobien gegen die »fremdstämmigen« Bevölkerungsgruppen. Ihre kulturelle und religiöse Eigenständigkeit wird mit einem breiten Spektrum an abwertenden Ressentiments bekämpft und die gewachsene Multikulturalität in den pluralistischen Einwanderungsgesellschaften Europas zum politischen Gefahrenpotenzial für den sozialen Zusammenhalt hochstilisiert. Daraus werden stereotype Feindbilder (»Sündenböcke«) entwickelt, die mit gleichermaßen emotionalisierenden wie propagandastarken Tarnbegriffen (illegale Migration, Asylmissbrauch, Wirtschaftsflüchtlinge, Einwanderung ins Sozialsystem, politischer Islam, Parallelgesellschaft, Ausländerkriminalität, staatlicher Kontrollverlust, usw.) eine gezielte Politik der Diskriminierung legitimieren sollen.

Und weil unter demokratischen Verhältnissen der Diskriminierungspolitik gegen soziale und kulturelle Minderheiten Grenzen gesetzt sind, werden Politikmodelle des Autoritarismus ins Spiel gebracht, die sich aus Verurteilen gegen »das System« und seine liberal-demokratische Eliten speisen, mit plebiszitären Legitimationsmethoden hantieren und von osteuropäischen EU-Mitgliedsländern längst erfolgreich erprobt wurden. Auch an außereuropäischen Vorbildern zur Heroisierung des postdemokratischen Autoritarismus besteht kein

Mangel. Im Schatten dieser Entwicklung fallen allmählich die demokratischen Tabus und spülen einen autoritären, identitären und völkisch-nationalistischen Unterstrom an die politische Oberfläche.

Der moderne Rechtspopulismus verfügt im Unterschied zum historischen, nationalrevolutionären Rechtsradikalismus mit seinen autokratischen, repressiven, rassistischen und genozidalen Volksgemeinschaftsphantasien (Faschismus in allen Varianten) über kein eigenständiges Wirtschafts- und Sozialmodell. Vielmehr ist neoliberaler Konformismus gepaart mit Exklusions- und Diskriminierungspolitik gegen die migrantische Bevölkerung die vorherrschende Wirtschaftsideologie. Das erhöht die Bündnisattraktivität des organisierten Rechtspopulismus für bürgerliche Parteien, die sich dem Neoliberalismus verschrieben haben, weil eine marginalisierte, mangelhaft integrierte und dauerhaft diskriminierte ArbeiterInnenschaft mit Migrationshintergrund in mehreren Generationen die ungleichheitsbedingten Spannungen auf den Arbeitsmärkten zur Durchsetzung einer gewinnfördernden Niedriglohnpolitik aufrecht erhält.

Es herrscht daher eine gewisse Reziprozität zwischen den neoliberal programmierten Parteien der demokratischen Rechten und dem organisierten Rechtspopulismus. Die rechtspopulistischen Parteien unterstützen mit irreführenden Versprechungen an ihre WählerInnen aus den »unteren Mittelschichten« die neoliberalen Ziele in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die neoliberalen Flügel der konservativen Parteien usurpieren in der Passform ihrer weltanschaulichen Traditionen das rechtspopulistische Repertoire der ethnisch-religiösen Diskriminierung. Das Ergebnis dieses ideologischen »Wandels durch Annäherung« ist vielgestaltig. Es reicht von der autoritär-nationalistischen und tief korrupten Parteienherrschaft in den Visegrad-Staaten (PiS in Polen und Fidesz in Ungarn) über die Wiederentdeckung des EU-skeptischen Nationalismus in der rechtsliberalen FDP oder den AfD-Anpassungsübungen der CSU in Deutschland oder dem »Lega«-dominierten Rechtsbündnis (mit Berlusconi »Forza Italia« und »Fratelli«) in Italien bis zum rechtspopulistischen Allianzmodell der Kurz-Strache-Regierung in Österreich. In jedem Fall erschließen bürgerliche Parteien (und in Italien die Querfront-Formation M5S) den Rechtspopulisten einen überproportionalen Einfluß weit jenseits ihres WählerInnenanteils, der außerhalb der Visegrad-Staaten kaum 25% übersteigt und selbst in diesen Ländern unter der WählerInnenmehrheit bleibt.

ENTZIVILISIERUNG LIBERALER DEMOKRATIEN

Die Folgen dieser Entwicklung ist eine voranschreitende Entzivilisierung der liberalen Demokratie in Europa. Das kommt besonders, aber nicht nur in der Asyl- und Migrationspolitik zum Ausdruck, weil die menschen- und asylrechtswidrigen Kampfstrategien der Rechtspopulisten gegen die »illegale Migration« den demokratischen Rechtsbestand der EU direkt in Frage stellen. Wobei es nur eine Frage der Zeit ist, bis restriktive Regelungsinitiativen (mit tatkräftiger Unterstützung der den Ratsvorsitz bestreitenden Kurz-Strache-Regierung) auf die EU-Tagesordnung kommen, womit wegen der europäischen Rechtshierarchie auch der demokratische Damm der einzelstaatlichen Verfassungen brechen könnte. Aber der Ausweg aus dieser Gefahrenlage ist so wenig schicksalhaft, wie es die opportunistische Aufblähung des Migrationsthemas zum alles überlagernden Problem war, das vermehrt die zukunftsrelevanten Herausforderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verdrängt oder vereinnahmt. Es war vielmehr politische Ignoranz, die zu jener verhängnisvollen Abfolge von Ereignissen geführt hat, aus der die europäische Flüchtlingskrise entstanden ist, die von den Rechtspopulisten aller Länder für ihre antidemokratischen Zwecke instrumentalisiert werden konnte.

Die Mangelversorgung der syrischen Kriegsflüchtlinge in den Lagern der benachbarten Aufnahmeländer durch finanzielle Engpässe bei den UN-Hilfsorganisationen ist nur ein Beispiel dieser politischen Kurzsichtigkeit. Oder die anhaltende staatliche Desorganisation, nachdem sich die unterversorgten Flüchtlinge des kriegsgeschüttelten Nahen Ostens massenhaft nach Europa in Bewegung gesetzt haben und nur die große Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaften in Verbindung mit einer einsichtsvollen Politik der Grenzöffnung humanitäre Katastrophen abwenden konnten. Was einmal mehr beweist, dass in Notsituationen die humanitären Gefühle der Zusammengehörigkeit als Ausdruck einer demokratischen Zivilisation die instinktiven und fremdenfeindlichen Abwehrreaktionen deutlich zurückdrängen, sofern der hetzerischen Propaganda der Rechtspopulisten keine Chance geboten wird. Leider ist das Gegenteil eingetreten durch den kleinlichen Geist der vorherrschenden Austeritätspolitik, der eine öffentlich ausfinanzierte und planvoll organisierte Integration der asyl- und schutzberechtigten Flüchtlinge behindert und verzögert hat, sodass das völlig unbegründete Gefühl der institutionellen und finanziellen Überforderung zu Lasten der ansässigen, sozial bedrängten Bevölkerung aufkommen konnte. Obwohl eine konsequente, den notwendigen finanziellen Aufwand nicht

scheuende Integrationspolitik über die daraus entstehenden Nachfrageeffekte die gegenteilige Wirkung in Form von Beschäftigungs- und Einkommenswachstum gerade für die autochthonen ArbeitsmarktteilnehmerInnen entfaltet. Auch wurde die Situation durch die reichlich verspätete Einsicht in der EU verschärft, dass nur eine ausgewogene und unterschiedlichen Fristigkeiten unterliegende Kombination aus friedenspolitischer und wirtschaftlicher Fluchtursachenbekämpfung, humanitären und ausreichend dotierten Transitländerabkommen, vorsorgenden und reintegrativen Rückführungsvereinbarungen sowie Legalisierung sicherer Fluchtwege in Verbindung mit einer fairen Aufnahmeverteilung eine Steuerung der Flüchtlingsbewegung nach Europa unter Wahrung des demokratischen Rechtsrahmens ermöglicht.

All diese Versäumnisse und Verspätungen haben der spalterischen Hetze der Rechtspopulisten in die Hände gespielt, deren Angstkampagnen verständlicherweise bei den zahlreichen Opfern der sozialökonomischen Krise des Neoliberalismus auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Ihr Protest gegen das soziale Drohpotenzial der fehlgesteuerten und unbewältigten Migration, der seine tieferen Ursachen in der eigenen Marginalisierung auf den Arbeits- (z. B. »Hartz IV«) und Bedarfsmärkten (z. B. Wohnungsmarkt) als Folge der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik hat, bildet daher einen entscheidenden Teil der demokratischen Legitimation des Rechtspopulismus auf seinem Weg an die Schalthebel der Macht. Und dort angekommen, werden gegen jede Vernunft gleich mehrere Arten von Politik in den Dienst am rechtspopulistischen Diskriminierungsprogramm gezwungen, um am Rande und jenseits demokratischer und rechtsstaatlicher Schranken einen Teufelskreis aus Abschottung, Abschreckung, Abschiebung, Abwertung und Ausgrenzung in Gang zu setzen, der zur Kriminalisierung der Migration führt und das behauptete Misslingen der Integration bestätigt und beschleunigt. Damit verbinden die Rechtspopulisten die zynische Hoffnung, dass der einmal gewonnene Zuspruch der »unteren Mittelschichten« kostenfrei als dauerhafte Legitimation ihrer postdemokratischen Herrschaft perpetuiert werden könne.

DIE GEFAHR DES POLITISCHEN AUTORITARISMUS

Der politische Zivilisationsverlust in den europäischen Demokratien ist aber nicht nur auf den rechtspopulistischen Umgang mit der Migrations- und Integrationsfrage beschränkt. Die Übernahme von Regierungsmacht durch rechtspopulistische Parteien, nicht selten erst durch die wendigen »Brü-

ckenbauer« des bürgerlichen Lagers mit neoliberaler Agenda ermöglicht, birgt die manifeste Gefahr der institutionellen Invasion des politischen Autoritarismus und seiner nationalistischen Anwendungen. Damit werden die konstitutionellen Prinzipien der politischen (liberalen) Demokratie unterwandert und die Vertiefung der europäischen Integration unter dem Vorwand der »Subsidiarität« zumindest geschwächt und erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Die »illiberalen Demokratien« der Visegrad-Staaten Polen und Ungarn bieten reichlich Anschauungsmaterial für die antidemokratische Transformation der Institutionen der Demokratie durch demokratisch legitimierte Machtergreifung.

Die westeuropäischen Rechtspopulisten an der Macht und vor den Toren der Macht suchen den mehr oder weniger offenen Schulterchluss zu ihren autoritär-nationalistischen Vorreitern in Osteuropa, mit denen sie Einigkeit demonstrieren in Fragen der »nationalen Lösungen« zur Migrationspolitik gegen ein gemeinschaftliches, menschen- und grundrechtskonformes Asylsystem in der EU. Und die Brückenbauer, Achsenschmiede und Routenschließer können ein Thema am Kochen halten, wofür ihnen durch die Entschleunigung der Flüchtlingsbewegung deutlich unter Vorkrisenniveau allmählich die Gründe abhandeln kommen könnten. Das sie aber für ihre integrationsfeindliche Diskriminierungspolitik dringend benötigen, um die neoliberale Agenda in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Ende führen zu können. Den sozialen Schaden wird die untere Bevölkerungshälfte und den politischen Schaden wird die Demokratie davontragen. 🍷

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.



Vivian Maier

Florida, 9. Januar 1957

© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY

Build it in Britain

Während sich das wirtschaftspolitische Programm der britischen Konservativen mittlerweile auf das Versprechen beschränkt, auch nach dem Brexit werde es in Großbritannien genug zu essen geben, geht die Labour Party in die Offensive. Mit einer Grundsatzrede zur Industriepolitik zeigte Jeremy Corbyn Ende Juli, dass sein als »ultralinks« bezeichnetes Wirtschaftsprogramm wesentlich lebensnäher und wohlfördernder ist, als die ideologische Sparpolitik der Konservativen.

Mit letzter Kraft zitterte sich Theresa May – mit tätiger Mithilfe von Jeremy Corbyns innerparteilichen Gegnern – in die Sommerpause des Unterhauses. Nachdem sie ihre Regierung auf dem Landsitz der Premierministerin in Chequers auf eine neue Brexit-Position eingeschworen hatte, traten Brexit-Minister David Davis und Außenminister Boris Johnson aus Protest zurück. Beide argwöhnten – wohl zurecht – dass die in Chequers festgelegten Leitlinien nur mit noch weitergehenden Zugeständnissen an die EU umgesetzt werden können. Um eine Meuterei der Brexiteers im Unterhaus abzuwenden, wies May nur wenige Tage später ihre Fraktion an, allen Abänderungsanträgen der Brexiteers zur Brexit-Gesetzgebung zuzustimmen, während sie die deutlich kleinere und nervenschwächere Remain-Gruppe der Tories mit einer Neuwahldrohung größtenteils auf Linie hielt. Eine Abstimmungsniederlage im Unterhaus, die womöglich Neuwahlen erzwingen hätte, verhinderten aber nicht nur Tory-Remainers, die (wie immer) vor dem innerparteilichen Druck kapitulierten, sondern auch eine Handvoll Corbyn-feindlicher Labour-Abgeordnete, die mit der Regierung stimmten und die sich pro-Brexit positioniert haben.

Die knappen Mehrheitsverhältnisse ließen den konservativen Fraktionschef zu allen Mitteln greifen und Pairing-Zusagen brechen. Beim Pairing handelt es sich um Absprachen zwischen Regierung und Opposition, bei schwerwiegenden Gründen für die Abwesenheit eines Abgeordneten der einen Seite auch einen Abgeordneten der anderen Seite bei Abstimmungen »zurückzuhalten«, um so das Stimmverhältnis zu wahren. Dass es tatsächlich ein Versehen gewesen war, dass der konservative Abgeordnete, der eine wegen der Geburt ih-

rer Tochter abwesende Liberaldemokratin pairen hätte sollen, ausgerechnet an allen knappen Abstimmungen teilnahm, während er sich bei allen anderen enthielt, wollte schon so niemand glauben. Es sagt jedoch viel über die Zustände in der konservativen Fraktion aus, dass innerhalb weniger Tage zahlreiche Hinterbänkler anonym und öffentlich den Medien kommunizierten, dass ihr Fraktionschef auch sie gefragt habe, Pairs mit anderen abwesenden Oppositionsabgeordneten zu brechen, sie das aber verweigert hätten.

Ihre sommerliche innenpolitische Atempause nutzt Theresa May nun mit einer Bittreise durch Europa, mit der sie vordergründig für ihren Chequers-Plan, tatsächlich aber v.a. wohl eher um einen weiteren zeitlich Aufschub wirbt, um echte Entscheidungen weiter verzögern zu können.

Jeremy Corbyn bleibt angesichts dieses Chaos seiner Strategie treu, dass der Weg zu einer vernünftigen Brexit-Politik über eine neue Regierung führt, nicht umgekehrt. Während Blairs frühere rechte Hand Peter Mandelson Theresa May neuerlich verklausuliert anbot, bei einem zweiten Referendum mit Unterstützung für ihre Regierung außerhalb ihrer Partei rechnen zu können, konzentriert sich Corbyn darauf, das wirtschafts- und sozialpolitische Desaster der Konservativen ins Zentrum der Debatte zu rücken.

Die Kampagne »Build it in Britain« ist Teil dieser Bemühungen, zu zeigen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik seit der Ära Thatcher nicht nur Millionen Menschen in Unsicherheit und Armut gestürzt hat, sondern auch die wirtschaftliche Basis Großbritanniens untergräbt. Nach Jahrzehnten der Privatisierung und Schließung ganzer Industriezweige trug die

britische Industrieproduktion 2017 nur noch 9% zum britischen BIP bei. Das Vereinigte Königreich liegt damit gleichauf mit Griechenland, während der Industrieanteil Österreichs oder Deutschlands knapp oder deutlich doppelt so hoch ist. Im EU-Schnitt beträgt der Anteil der Industrieproduktion am BIP 14%. Vor diesem Hintergrund bekommt auch die bizarre sommerliche Ankündigung der Regierung, im Fall eines No-Deal-Brexit sei eine ausreichende Lebensmittelversorgung gesichert, eine reale Dimension. Auch in der Nahrungsmittelproduktion ist Großbritannien nämlich in hohem Ausmaß auf Importe angewiesen.

In diesem Kontext ist Corbyns Grundsatzrede zur Industriepolitik zu sehen. Sie ist nicht, wie ihm manche unterstellt haben, ein Bekenntnis zu einer isolationistischen Wirtschaftspolitik. Sie ist vielmehr das Versprechen, dass eine sozialistische Labour-Regierung durch eine strategische Wirtschafts- und Industriepolitik die wirtschaftlichen Verhältnisse neu gestalten und so für mehr Wohlstand für alle sorgen wird.

Umso unsinniger erscheint es, dass sich die Labour Party zuletzt in anhaltenden Querelen über Antisemitismus und die Nahostpolitik verstrickt. Der Parteivorstand NEC hatte Richtlinien für das Disziplinarkomitee der Labour Party beschlossen und dafür die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Association (IHRA) übernommen, bei den elf angeführten Beispielen jedoch in vier Punkten Änderungen vorgenommen, die teilweise verschärfend und teilweise abschwächend zu verstehen sind. Begründet wird dies mit der Sorge, die bestehenden Formulierungen könnten »legitime Kritik an der Politik des Staates Israel« verhindern.

Das hat scharfe Kritik hervorgerufen und hat die Parteiführung im Management dieses Konflikts alles andere als brilliert. Gerade weil die Änderungen wenig signifikant sind, ist völlig unverständlich, warum man die anhaltende Debatte, die von Corbyns innerparteilichen Gegnern eskaliert wird, überhaupt in Kauf genommen hat. Dies ist wohl nur aus der Obsession mancher Linker für die Nahost-Frage vor dem postkolonialen Hintergrund Großbritanniens und die daraus resultierende mangelnde Sensibilität für linken Antisemitismus und Debatten darüber erklärbar. Corbyn tut gut daran, dieses Jahrzehnte alte Problem der britischen Linken intern endlich anzugehen. Die wirksamste Methode, jeder Instrumentalisierung dieses Themas durch seine Gegner zu begegnen, ist es, für klare Verhältnisse in dieser Frage zu sorgen.

Aufgrund der zutiefst instabilen politischen Lage in Großbritannien ist es wichtig, dass Labour mit voller Kraft einen baldigen Regierungswechsel betreibt. Mays Regierung ist inzwischen nicht nur von ihrer nordirischen Mehrheitsbeschafferin DUP, dem mangelnden Mut der Tory-Remainers und der Zügelung des Übermuts der Radikal-Brexiters, sondern auch vom Entgegenkommen von Angela Merkel und Emmanuel Macron abhängig, ihr für echte Brexit-Entscheidungen einen weiteren Aufschub zu gewähren. Grundsätzlich besteht von allen Seiten ein gewisses Interesse, May im Amt zu halten. Doch die letzten beiden Sitzungswochen des Unterhauses vor der Sommerpause haben gezeigt, dass auch kleine Anlässe dramatische und kaum zu kontrollierende Dynamiken auslösen können. Mehr denn je scheint ein Regierungswechsel notwendig, um eine vernünftige Brexit-Lösung zu erreichen und die demokratischen Kräfte in Europa gegenüber einem rechtspopulistischen Kurswechsel der Konservativen zu stärken. Eine andere Wirtschaftspolitik ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Corbyns Überlegungen dazu sind in seiner nachstehenden Rede dokumentiert:

BUILD IT IN BRITAIN

Ich möchte mich eingangs für Ihr zahlreiches Erscheinen bedanken. Heute starten wir die Kampagne »Build it in Britain«, Labours Strategie, um eine starke Zukunft für die Industrie, mit besseren Arbeitsplätzen und Chancen überall in Großbritannien zu sichern.

Während der Finanzsektor weiter wächst, sind die Superreichen – ein Jahrzehnt nach dem Banken-Crash – noch reicher geworden. Viel zu lange sind viele unserer Gemeinden in einer entgrenzten globalen Wirtschaft verloren gegangen. Die Wenigen haben auf Kosten der Vielen gewonnen.

Ich möchte John McDonnell, dem Schatten-Schatzkanzler, für seine ganze Arbeit danken, die er in den letzten drei Jahren geleistet hat, um die ökonomische Debatte in diesem Land von den Dogmen der Austerität und der endlosen Budgetkürzungen wegzubewegen und den Fokus stärker auf die dringend notwendigen Investitionen zu lenken, die wir tätigen müssen, um in Zukunft erfolgreich zu sein.

Ich möchte auch Rebecca Long-Bailey, unserer Schatten-Wirtschaftsministerin, für ihre Arbeit an Labours Plan für eine echte Industriestrategie danken; Eine Strategie, die unsere Wirtschaft verändern wird und die Prosperität in allen Regionen und allen Nationen unseres Landes sicherstellen wird.

Während die Konservativen, wie sie es immer gemacht haben, auch während ihrer chaotischen Brexit-Verhandlungen vor den Interessen des Finanzsektors buckeln und die Anliegen der großen Mehrheit ignorieren, entwickelt Labour eine neue wirtschaftliche Ausrichtung unseres Landes.

Theresa May wankt von einer 180-Grad-Wende zur nächsten. Zuletzt haben die Rücktritte aus ihrer Regierung ihre langangekündigte Brexit-Strategie innerhalb einer Woche in Stücke zerfallen lassen. Der extrem rechte Flügel der Konservativen bringt uns der Gefahr eines desaströsen No-Deal-Brexit, der uns ohne Abkommen aus der EU crashen lässt und unsere wirtschaftlichen Probleme noch verschärfen würde, immer näher.

Keiner der verzweifelten Versuche, sich bei Präsident Trump einzuschmeicheln, könnte diesen Schaden kompensieren. Jetzt ist es Zeit, die Jobs und die Lebensstandards der Menschen endlich an die erste Stelle zu setzen.

Deshalb startet Labour heute diese Kampagne: Wir wollen gutbezahlte Jobs in der Industrie, wir wollen Steuereinnahmen, die unsere öffentlichen Dienste und das Gesundheitssystem finanzieren, die unseren Gemeinden eine neue Lebensdigkeit ermöglichen und den Lebensstandard für alle heben.

Viel zu vielen Menschen verursachen unsichere Jobs, niedrige Bezahlung und Arbeit auf Abruf Stress, Schulden und Verzweiflung. Nichts ist offensichtlicher, als die dringende Notwendigkeit von Veränderung, und dass wir es besser machen müssen.

Unser neuer wirtschaftspolitischer Ansatz ist notwendig, weil in den letzten 40 Jahren eine Art magisches Wunschdenken die Art und Weise bestimmt hat, wie Großbritannien geführt wird.

Man hat uns gesagt es sei gut, ja sogar ein Zeichen fortschrittlicher Entwicklung, weniger und immer weniger selbst zu erzeugen, mit Billigarbeitskräften im Ausland produzierte Güter zu importieren und stattdessen auf die Londoner City und den Finanzsektor zu fokussieren.

Während viele Ökonomen und Vertreter der City behaupteten, das sei ein Zeichen der Stärke, hat uns der Bankencrash bewiesen, dass es tatsächlich eine enorme Schwäche ist.

Die fehlende Unterstützung unseres industriellen Sektors entzieht unserer Wirtschaft Dynamik, unseren ArbeiterInnen Lohn und einer ganzen Generation die Hoffnung auf gutbe-

zahlte, sichere Jobs. Deshalb verpflichtet sich die Labour Party, den Lauf der Dinge umzukehren.

Unsere Aufgabe in der Regierung ist es, unsere Wirtschaft neu auszurichten, damit sie nicht mehr nur für den Wenigen, sondern den Vielen dient.

Daher werden wir Produkte wieder hier erzeugen, die zu lange im Ausland produziert wurden, weil es an notwendigen Investitionen gefehlt hat.

Diese Politik wird es uns erlauben, größere Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben, die Löhne zu erhöhen und die Macht und die arbeitsfrei erzielten Reichtümer der Superreichen in unserer Gesellschaft zu beschränken.

Weil Labour der Unterstützung unserer erzeugenden Industrien und der Qualifikation der ArbeiterInnen in diesem Land verpflichtet ist, wollen wir sicherstellen, dass die Regierung ihre Investitionen stärker nützt, um in Großbritannien zu kaufen.

Der Staat kauft jährlich für 200 Mrd. Pfund im privaten Sektor ein. Allein diese Kaufkraft gibt uns Hebel in die Hand, die Industrieproduktion zu stimulieren und um Anreize an die Privatwirtschaft zu setzen, echtes Unternehmertum, Fairness, Zukunftsinvestitionen und beste Produkte zu fördern und damit die Interessen der Menschen mit zu berücksichtigen.

Um hierzulande Prosperität zu ermöglichen, müssen wir unsere Industrien unterstützen, wir müssen sicherstellen, dass die Regierung unserer Industrie den Rücken stärkt und nicht nur ihr langsames Zusperrn beobachtet.

Nehmen wir als Beispiel die drei neuen Versorgungsschiffe für die königliche Flotte. Warum vergibt die Regierung einen Vertrag über eine Investition im Ausmaß von einer Milliarde Euro und alle damit verbundenen qualifizierten Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in der Produktionskette an einen ausländischen Produzenten [aus Japan, Anm.], wenn es in Großbritannien Schiffswerften gibt, die sie problemlos bauen könnten?

ArbeiterInnen in Liverpool, Belfast, Rosyth and Plymouth würden gerne diese Arbeiten erledigen. Ich habe bei meinen Besuchen in manchen dieser Werften aber auch etwas gelernt: Es werden derzeit nicht genügend qualifizierte Fach-

kräfte ausgebildet, um der potenziellen Nachfrage nachzukommen. Wenn es um den Brexit geht, spricht Theresa May gerne davon, dass wir »die Kontrolle über unsere Gesetze, unser Geld und unsere Grenzen wiedererlangen« müssten. Eigentlich sollte sie sich lieber darauf konzentrieren, die Kontrolle über ihr Kabinett wiederzuerlangen.

Aber wenn es ihr so ein Anliegen ist, Kontrolle wiederzuerlangen, warum hat ihre Regierung die Produktion der neuen britischen Pässe nach Frankreich ausgelagert? Bislang wurden solche Aufträge von ArbeiterInnen in Gateshead erledigt, nun wurden ihnen diese Aufträge entzogen. Es ist nicht überraschend, dass sich die Franzosen keineswegs im Gegenzug dafür anstellen, ihre Pässe in Großbritannien herstellen zu lassen.

Oder nehmen wir das Beispiel der Eisenbahn: Wir haben mehr als genug Kapazitäten, um Waggons hier im Vereinigten Königreich zu erzeugen, trotzdem haben wir diese Aufträge in den letzten Jahren immer ausgelagert, auf Kosten wesentlicher Investitionen, Jobs und Steuereinnahmen.

Weiterzumachen wie bisher ist alles andere als nachhaltig. Wenn wir unsere Wirtschaft neu ausrichten wollen, damit sie allen dient, müssen wir unsere Macht einsetzen, um gute Jobs und Industrien wieder ins Land zu holen.

Zwischen 2014 und 2017 hat Network Rail dutzende Millionen an Aufträgen an ausländische Unternehmen vergeben, das nationale Gesundheitssystem NHS über eine Milliarde Pfund.

Im gleichen Zeitraum hat das Verteidigungsministerium 1,5 Mrd. Pfund in Aufträge an ausländische Unternehmen investiert, obwohl weder das europäische, noch das internationale Recht uns dazu verpflichten würden, Aufträge für die Rüstungsindustrie für Anbieter aus anderen Ländern zu öffnen.

Labour ist entschlossen, öffentliche Aufträge für das öffentliche Wohl zu nutzen, um unsere Industrien zu erhalten und zu fördern und um die Steuerbasis zu verbreitern.

Die kommende Labour-Regierung wird daher auch wieder verstärkt öffentliche Leistungen durch die öffentliche Hand erbringen lassen und das Spektakel des Outsourcing, das unsere öffentlichen Dienste zu einer Cauchow für einige Wenige verkommen hat lassen, beenden. Und wir werden das große Gewicht der Kaufkraft der Regierung nutzen, um un-

sere Industrien und ArbeiterInnen zu unterstützen. Diese Politik wird auf drei Ebenen umgesetzt werden:

Wir werden unsere Vergaberichtlinien verändern, um Beschäftigung und Industrie zu unterstützen.

Wir werden in Infrastruktur investieren, um Unternehmen hier in Großbritannien dabei zu unterstützen, Güter effizient und kostenschonend zu transportieren.

Und wir werden die Investitionen in Bildung und Ausbildung, in lebenslanges Lernen ausbauen, indem wir ein Nationales Bildungssystem, ein National Education Service, schaffen werden.

Wir müssen auch mehr zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen tun. Wir werden daher Initiativen setzen, um KMUs die Beteiligung an Ausschreibungsprozessen zu erleichtern, um zu verhindern, dass diese immer nur von gesichtslosen multinationalen Konzernen dominiert werden.

Viel zu oft haben die Konservativen, die aus ideologischen Gründen eine Unterstützung unserer Industrien ablehnen, behauptet, das EU-Recht hindere uns daran, unsere Wirtschaft zu entwickeln. Aber seltsamerweise wird es einem in Deutschland nicht gelingen, in einem Zugwaggon zu reisen, der nicht in Deutschland gebaut wurde – und das obwohl die gleichen EU-Regeln gelten wie bei uns. Als 2016 die Stahlkrise einsetzte, nutzten Italien, Deutschland und Frankreich unter Rücksichtnahme auf das Wettbewerbsrecht alle legalen Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Intervention – unsere Regierung lehnte sich zurück und unternahm nichts.

Wir haben klargemacht, dass wir bei den Brexit-Verhandlungen Ausnahmen und Klarstellungen beim EU-Wettbewerbsrecht anstreben, um weitere Schritte zur Unterstützung von Zukunftsinvestitionen und lokaler Wirtschaft setzen zu können. Aber wie auch immer die Brexit-Verhandlungen ausgehen, wir werden endlich auch die schon bestehenden Möglichkeiten voll ausschöpfen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg und wenn wir unseren industriellen Sektor entwickeln wollen, werden wir einen Weg finden, das auch zu tun.

Wir werden aber auch bei öffentlichen Auftragsvergaben öffentliche Interessen berücksichtigen. Wenn wir Milliarden Pfund investieren und es um tausende Arbeitsplätze geht, können wir nicht nur darauf schauen, ein paar Pfund zu spa-

ren und auf den billigsten Anbieter zu setzen. Das ist ein wirtschaftspolitisch falscher Ansatz. Stattdessen müssen wir auch öffentliche Interessen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Produktionsketten und ein Wirtschaftswachstum, das allen etwas bringt, berücksichtigen.

Erst heute ist ein parlamentarisches Komitee zum Schluss gekommen, dass in vielen Fällen das oft behauptete Ziel, durch Auslagerung Geld der Steuerzahler zu sparen und Innovation zu fördern, nicht einmal erreicht wird. In ihren Worten »hat sich eine kleine Gruppe großer Unternehmen entwickelt, die Expertise darin haben, Ausschreibungen zu gewinnen, die aber nicht immer gute Leistungen erbringen.«

Niemand weiß genau, wann die nächsten Wahlen sein werden oder wie der Brexit gestaltet sein wird, wenn er kommt. Aber eines ist sicher: Die nächste Labour-Regierung wird gute Jobs in jeder Region und jeder Nation des Vereinigten Königreichs schaffen, sie wird neue Industrien entwickeln und sie wird heimische Unternehmen fördern – ob groß, oder klein.

Wir werden auch nach dem Vorbild mancher us-Bundesstaaten versuchen, Ausnahmen von den wto-Regelungen zu erreichen, um die lokale Wirtschaft durch öffentliche Aufträge in jenen Regionen zu fördern, die von der Deindustrialisierung der letzten 40 Jahre besonders hart getroffen wurden. Das würde jenen Gemeinden helfen, die lange von Whitehall und Westminster vergessen wurden, obwohl die behaupten, alles am besten zu wissen.

Die nächste Labour-Regierung wird sich nicht nur zurücklehnen und den fortgesetzten Abstieg unserer Wirtschaft teilnahmslos mitverfolgen. Wir können und wir werden einen Unterschied machen.

Der Staat wird aktiv in die Wirtschaft intervenieren, um soviel Wohlstand wie möglich zu erzeugen und um diesen Wohlstand gerecht in unserer Gesellschaft zu verteilen. Das, was Experten eine Industriestrategie nennen, wird ein gemeinsamer Plan sein, um alte und neuen Industrien mit Aktivität zu erfüllen. Es wird im starken Kontrast zu dem stehen, was unsere jetzige Regierung tut. Betrachten wir nur das Beispiel der Solarindustrie. Jahrelang waren britische Unternehmen Innovationsführer, inzwischen fallen wir zurück, während sich überall sonst in Europa die Solarindustrie dynamisch weiterentwickelt. Und warum? Weil britische Solarunter-

nehmen von Förderungs- und Investitionsförderungskürzungen besonders getroffen wurden. Warum hat die Regierung das gemacht? Um kurzfristig ein paar Pfund zu sparen, hat sie mittelfristig Arbeitsplätze und Innovation zerstört. Als Ergebnis wird die französische Solarindustrie nach Prognosen bis 2022 fünfmal so groß sein wie die britische, die deutsche zehnmal so groß.

Unsere Strategie ist es, unserer Industrie ein Upgrade zu geben, um gute Arbeit zu sichern, um öffentliche Aufträge gewinnen und auf den internationalen Märkten bestehen zu können.

Das wird uns helfen, eine saubere, grüne Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, hier in Großbritannien, um mit Solarenergie, Windkraft und Gezeitenkraftwerken dem Klimawandel zu begegnen. Wir werden auf die Entwicklung von Produktionsclustern fokussieren, um heimische Versorgungsketten zu fördern und um einen Wirtschaftskreislauf zu entwickeln, in dem der Erfolg einer Industrie oder eines Unternehmens den anderen hilft.

Wir werden v.a. jene Sektoren unterstützen, die wir brauchen, um öffentliche Aufträge zu erfüllen und um unserer desolaten Infrastruktur ein Upgrade zu geben.

Aber unsere Pläne für Investitionen betreffen nicht nur die Infrastruktur und die Industrie, es geht auch um die Menschen in unserem Land und darum, ihnen die Qualifikationen zu geben, die wir für eine erfolgreiche Entwicklung brauchen. Deshalb wird unser National Education Service sowohl akademische, als auch berufliche Bildung gleichermaßen fördern und jeden unterstützen, von der Wiege bis zum Grab. Bildung darf nicht weiter als Ware gesehen werden, die ge- und verkauft wird, es muss darum gehen, allen Menschen jene Fähigkeiten zu geben, die sie brauchen, um in ihrem Leben erfolgreich zu sein.

Das alles ist Labours Plan, um unsere Wirtschaft neu auszurichten, damit sie jedem Dorf, jeder Stadt in diesem Land dient.

Ich möchte betonen: Der Wunsch, in Großbritannien wieder mehr zu produzieren ist kein Abwenden vom Rest der Welt, keine Rückkehr zum Protektionismus und keine Hinwendung zu Trump-artigen Handelskriegen. Es geht um einen Kurswechsel, um Menschen Kontrolle über ihre lokale

Wirtschaft zu geben, gute Jobs, die einen konstanten Anstieg von Löhnen und Lebensstandards in allen Teilen des Vereinigten Königreichs ermöglichen.

Deshalb sind wir auch entschlossen, Unternehmen zu helfen, ihre Güter zu exportieren. Anders als die Konservativen wissen wir, dass nach dem Brexit die wichtigste einzelne Maßnahme zur Unterstützung unserer Exportwirtschaft die Sicherung eines vollen, zollfreien Zugangs zu unserem wichtigsten Exportmarkt, der Europäischen Union ist. Deshalb wollen wir eine neue, umfassende Zollunion zwischen EU und Großbritannien erreichen, die uns auch bei künftigen Handelsabkommen ein Mitspracherecht gibt. Die Botschaft sollte inzwischen klar sein, aber die konservative Regierung stellt sich taub. BMW und Airbus, Unternehmen nach Unternehmen haben vor den realen, schädlichen Folgen des konservativen Zoll-Chaos gewarnt.

Theresa May und ihr im Kriegszustand befindliches Kabinett sollten, auch zu diesem späten Zeitpunkt nochmals ihre Position überdenken und Verhandlungen über eine neue Zollunion einleiten. Denn es sollte keine Frage von Ideologie oder interner Fraktionskämpfe unter Tories sein. Es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands.

Es kommt nicht oft vor, dass die Labour Party und der Managerverband, die Industriellenvereinigung und der Gewerkschaftsbund einer Meinung sind, aber hier sind wir es: Wir müssen eine neue Zollunion verhandeln. Die Unternehmen sagen uns klar, womit ihnen geholfen wäre und die Regierung sollte ihnen zuhören. Aber Theresa May ist so beschäftigt damit, auf Jacob Rees-Mogg und Boris Johnson zu hören, dass sie dafür keine Zeit findet. Niemals zuvor hat ein Premierminister die Interessen des Landes derartig hinter die Interessen der eigenen Partei und des eigenen Machterhalts zurücktreten lassen.

Dabei ist es von besonderer Wichtigkeit, unsere Unternehmen dabei zu unterstützen zu exportieren, um auch hier erfolgreich zu sein und hier zu erzeugen. Ein verpfuschter Tory-Brexit wird unsere Industrie mit der Fantasie eines Freibeuter-Freihandels an die Wand fahren. Es wäre ein Alptraum, in dem unsere öffentlichen Dienste an multinationale Konzerne verkauft würden, in dem unser Land zum Faustpfand für Donald Trump würde, während wir alle Chlor-Huhn essen müssten. Deshalb haben wir eine Alternative zum Tory-Brexit.

Ein Labour-Brexit würde echte Chancen und gleichzeitig Schutz für unsere Exporteure bieten. Denn sie würden nicht nur durch die Zollunion die gleichen Möglichkeiten haben, die sie jetzt schon besitzen, sie könnten auch den einen einzigen Vorteil nutzen, den der Brexit schon jetzt gebracht hat – ein wettbewerbsfähigeres Pfund. Schon nach dem Ergebnis des Brexit-Referendums hat das Pfund nachgegeben und ist wettbewerbsfähiger geworden, was unserer Exportwirtschaft nützen sollte. Aber sie wurde von einer konservativen Regierung ohne Industriepolitik im Stich gelassen, so wie unsere Wirtschaft weiterhin zu sehr auf Importe angewiesen bleibt.

Der Abstieg unserer Industrie ist dabei untrennbar mit dem Aufstieg des Finanzsektors verknüpft. Zwischen 1970 und 2007 ist der Anteil des Finanzsektors an der Wirtschaftsleistung von 5% auf 15% gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Gütererzeugung von 32% auf 12% gesunken. Die nächste Labour-Regierung wird eine neue Balance in unserer Wirtschaft herstellen, damit jede Region und jede Nation wieder prosperiert.

Wir werden das durch eine Nationale Investitions-Bank und durch ein Netzwerk regionaler Entwicklungsbanken erreichen, mit denen wir Kapital für den produzierenden, realwirtschaftlichen Sektor zur Verfügung stellen werden, um gute, qualifizierte Jobs zu sichern.

Wir werden uns darauf konzentrieren, den Wohnbau in Gang zu bringen und die Wohnungskrise zu beenden, die von den Konservativen und ihrer kompromisslosen Positionierung für den freien Markt verursacht wurde. Wir werden Wohnungen für die Vielen, nicht Investitionsobjekte für die Wenigen errichten und wir werden dieses Programm mit einer neuen Generation CO_2 -neutraler Bauten verbinden, um Innovation und qualifizierte Arbeitsplätze zu fördern.

Wir werden aber auch das schmutzige Geld aus unserem Finanzsystem vertreiben, um es korrupten Oligarchen nicht nur zu erschweren, ihr eigenes Volk auszurauben, sondern gleichzeitig zu verhindern, dass sie die wirtschaftlichen Prioritäten unseres Landes verzerren.

Dieses schmutzige Geld aus der City of London zu vertreiben, wird nicht nur den Menschen in den Ländern helfen, die bestohlen wurden. Es wird nicht nur jenen helfen, die aufgrund der rasant steigenden Preise damit kämpfen, eine leistbare Wohnung zu finden. Es ist nichts Produktives daran zu finden, wenn ein immer größerer Teil der Einkommen

als Miete oder als Kreditrate an Vermieter oder Banken gezahlt wird.

Es wird v.a. auch helfen, unsere Wirtschaft wieder in Balance zu bringen, unsere Währung und unsere Wohnpreise wieder zu stabilisieren.

Dazu wird auch beitragen, durch Änderungen im Steuersystem Finanzspekulation weniger attraktiv zu machen, z.B. mit unserer Finanztransaktionssteuer.

All das wird uns und Ihnen helfen, wieder mehr in Großbritannien zu erzeugen. Build it in Britain again. All das wird in voller Übereinstimmung mit unseren Werten geschehen, damit wir den Wohlstand, den wir alle schaffen, auch gerecht verteilen.

Wir wollen eine Wirtschaft mit hohen Löhnen, einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und einem hohen Niveau an Bildungschancen für alle.

Deshalb schlagen wir allen Unternehmen, die weiterkommen wollen, einen neuen Deal vor. Die reichsten Unternehmen werden etwas mehr Steuer und ihren ArbeiterInnen mehr Lohn zahlen müssen. Im Gegenzug werden wir die Menschen mit den Fähigkeiten ausstatten, die unsere Wirtschaft braucht, wir werden unserer desolaten Infrastruktur ein Update verpassen und wir werden unsere Industrie unterstützen, am Weltmarkt mitzuspielen.

Die Unternehmen, die mit der Regierung Geschäfte machen wollen, werden sowohl in ihrer sozialen Verantwortung, als auch in ihrer wirtschaftlichen Leistung eine Vorreiterrolle einnehmen müssen.


Unternehmen, die mit der Regierung Geschäfte machen wollen, werden ihre Steuern ordentlich zahlen, die Rechte ihrer ArbeiterInnen respektieren, Gleichstellung fördern, die Umwelt schützen, in berufliche Weiterbildung investieren und ihre Lieferanten punklich bezahlen müssen. Sie werden aber auch die Exzesse der Managerentlohnung beenden und eine Relation von 20:1 zwischen den niedrigsten und den höchsten Löhnen einhalten müssen.

Das ist der Deal, den wir den Unternehmen anbieten wollen und von dem unsere gesamte Wirtschaft profitieren wird. Wir können das magische Wunschenken des freien Marktes,

das eine kleine Minderheit auf Kosten aller anderen enorm reich hat werden lassen, überwinden.

Wir werden diese Politik durch eine neue Wirtschaftsweise ersetzen, die wir transformieren werden, damit sie den Vielen dient, nicht den Wenigen.

Wir werden ein neues Verhältnis zwischen ArbeiterInnen, Unternehmen, Gemeinden und der Regierung herstellen, um die unregulierte Abzockerei durch den Finanzsektor zu beenden, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft entmenschlicht, während sie einige wenige auf Kosten vieler profitieren lässt.

Labour wird unsere Wirtschaft so umgestalten, dass sie für die Menschen in Großbritannien arbeitet, nicht gegen sie. Und wir werden diese Wirtschaft, diese Zukunft der Fairness hier bauen, hier in Großbritannien. 

JEREMY CORBYN

ist seit 2015 Vorsitzender der Labour Party. Unter seiner Führung wurde Labour zur stimmen- und mitgliederstärksten sozialdemokratischen Partei Europas. Mit seiner hier erstmals auf Deutsch veröffentlichten Rede startete Corbyn Ende Juli in den Räumen des Industrieverbands EEF in Birmingham die Labour-Kampagne »Build it in Britain«.



Vivian Maier
Chicago, 1963
© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY

Das Bildnis des Dorian Macron

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron möchte die Affäre um den prügelnden Sicherheitschef im präsidentialen Kabinett als „Sturm im Wasserglas“ abtun. Doch das Strahlemann-Image des von seinen Sympathisanten als „sozialliberaler Reformier“ charakterisierten Präsidenten droht ernstlich Schaden zu nehmen.

Seit die französische Tageszeitung *Le Monde* auf Bildern einer Überwachungskamera den Sicherheitschef im Kabinett des präsidentialen Elysée-Palasts, Alexandre Benalla, als jenen Mann identifiziert hat, der am 1. Mai mit Polizeiabzeichen am Arm (obwohl kein Polizist!) am Boden liegende Demonstranten misshandelt hat, gehen die innenpolitischen Wogen hoch. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Vorgänge als Staatsaffäre zu gelten haben¹ oder nicht², bemerkenswert sind sie allemal und das gleich in verschiedenerlei Hinsicht:

Als erstes drängt sich natürlich die Frage auf, was es über den Präsidenten selbst aussagt, dass einer seiner engsten Vertrauten es offenbar als Freizeitvergnügen empfindet, als Polizist verkleidet Menschen zu verprügeln. Macron distanzierte sich inzwischen deutlich vom Verhalten seines Protegés, das er als »Verrat« charakterisiert hat.³

Doch auch Antworten auf noch wesentlich interessantere Fragen sind bislang offen, v. a. wer warum an Benalla festhalten und die Angelegenheit unter der Tüchert halten wollte: Denn dessen Fehlverhalten blieb keineswegs bis Mitte Juli unentdeckt. Benalla selbst gibt an, Macrons Kabinettschef gegenüber seinen »großen Fehler« bereits am nächsten Tag »gebeichtet« zu haben.⁴ Für sein Verhalten wurde Benalla laut Präsidentschaft für 15 Tage (!) »ohne Bezüge« vom Dienst suspendiert, bekam aber, wie zwischenzeitlich bekannt wurde, seine Bezüge doch weiterbezahlt.⁵ Benalla trat nach der offiziellen Version einen Urlaub in der Bretagne an. Nach dem Auffliegen der Affäre kam aber auch hervor, dass er in diesem Zeitraum laut Zutrittsprotokollen zu Amtsgebäuden mit seiner (aktiv gebliebenen) Berechtigungskarte gleich an zwei Besprechungen in Paris teilgenommen haben muss.⁶ Nach die-

ser »Suspendierung«, während der Benalla weiterbezahlt und offenbar auch aktiv tätig blieb, wollte das Elysée die Sache auf sich beruhen lassen. Auch die Polizeibehörden sahen keinen Grund für weitere behördliche Schritte, geschweige denn für eine (gesetzlich verpflichtende) Strafanzeige gegen Benalla für sein mutmaßlich kriminelles Verhalten, unberechtigt Polizeiuniform getragen zu haben und gewalttätig gewesen zu sein. Im Gegenteil: Benalla ging im Elysée wieder ein und aus und begleitete den Präsidenten auch wieder zu prestigeträchtigen Auftritten, wie dem Zusammentreffen mit der WM-Siegermannschaft. Erst nach dem öffentlichen Auffliegen der Affäre entdeckte Macron Ende Juli einen »Verrat« und das Präsidentschaftsamt einen Entlassungsgrund.

Aufklärungsbedürftig ist auch, warum Benalla und offenbar auch der Elysée-Palast von den Pariser Polizeibehörden Zugang zu den Aufnahmen erhalten hat, während die zuständigen Strafverfolgungsbehörden hartnäckig nicht informiert worden waren.

Eine spannende Frage für sich bleibt auch, warum die Aufnahmen, die Benalla überführten, Mitte Juli überhaupt noch existierten. Denn eigentlich sollten derartige Aufnahmen nach 30 Tagen gelöscht werden, wenn keine Behörde sie zur Verfolgung strafbarer Handlungen anfordert. Die zuständige Polizeieinheit für innere Angelegenheit konnte die Aufnahmen ja aber schon deshalb nicht anfordern, weil keines der beteiligten Staatsorgane es für notwendig erachtete, ihr gegenüber mitzuteilen, was vorgefallen war.⁷ Die französische Datenschutzkommission will nun prüfen, ob es möglicherweise Standard ist, die gesetzliche 30-Tagesfrist zu missachten.⁸ Denkbar scheint aber auch, dass es sich um eine gezielte »Retourkutsche« des Sicherheitsapparats handelt, nachdem

sich Benalla durch sein arrogantes und selbstherrliches Auftreten im Windschatten des Präsidenten viele Feinde gemacht zu haben scheint.

»EIN STURM IM WASSERGLAS«?

Erst knapp zehn Tage nach dem Beginn der Affäre äußerte sich Macron selbst zu den Vorgängen – wenn auch nicht öffentlich, sondern vor den Abgeordneten seiner Fraktion. Launig tat er die Vorwürfe ab. Benalla habe weder Zugriff zu den Codes für Frankreichs Nuklearwaffe, noch sei er sein Geliebter. Macron übte sich auch sonst in der Trump'schen Kunst, KritikerInnen und Medien zu beschimpfen und lächerlich zu machen.⁹ Mit großer Geste erklärte er, er allein übernehme die Verantwortung für die Affäre. Das blieb ihm einerseits kaum erspart, nachdem sein Innenminister Gérard Collomb entschieden hatte, sich vor der Untersuchungskommission der Nationalversammlung als ahnungsloser Naivling zu präsentieren, dem nie jemand Näheres gesagt habe. Er sei davon ausgegangen, erklärte der abgebrühte Politprofi Collomb harmlos, der Pariser Polizeipräfekt – sein Untergebener – und das Kabinett des Präsidenten – sein »Vorgesetzter« – hätten sich schon um alles gekümmert.¹⁰

Macron könnte andererseits gedacht haben, die Verantwortung umso leichter tragen zu können, als seine Fraktion, die in der Nationalversammlung die Mehrheit stellt, aus Sicht der Opposition die Arbeit der Untersuchungskommission ohnehin nach Kräften blockiert.¹¹ Die Affäre sei ein »Sturm im Wasserglas«¹², ließ Macron wissen und versuchte zur Tagesordnung überzugehen. Misstrauensanträge der rechten und linken Opposition gegen die Regierung wurden wie erwartet von der Regierungsmehrheit abgeschmettert.

Doch allen Bemühungen um Normalität zum Trotz, ist die Affäre weder ausgestanden, noch spurlos am Präsidenten vorübergegangen. Nicht nur sind Macrons Umfragewerte weiter gefallen, auch die von Macron angestrebte Verfassungsreform musste fürs erste vertagt werden. Auch wenn manche Beobachter wohl zurecht meinen, dass die Affäre den Präsidenten nicht von den WählerInnen völlig entfremdet hat, hat doch eine der wichtigsten PR-Strategien Macrons arge Schrammen abbekommen: Anders zu sein als das bisherige politische System. Es waren nie die großen und kleinen Affären des Machtmissbrauchs, die den bisherigen Präsidenten der V. Republik ihr Amt gekostet hätten. Auch wenn 48 % der Franzosen meinen, die Medien würden die Affäre größer machen als sie ist¹³, vermittelt sie trotz allem eine Botschaft, die

Macron bislang penibel vermeiden wollte: Dass er wie seine Vorgänger agiert, wenn es darum geht, persönliche Günstlinge mit Gehalt, Dienstwohnung und Privilegien zu versorgen und es auch mit dem Gesetz nicht zu genau zu nehmen, um sie zu schützen.

DIE VERFASSUNGSREFORM

Vor dem Hintergrund des im Raum stehenden Machtmissbrauchs der Exekutive ist Macrons Partei wohl vorläufig auch die Lust auf die Verfassungsreform vergangen, die eigentlich noch im Juli in der Nationalversammlung auf Schiene gestellt hätte werden sollen.¹⁴ Selbst Sympathisanten Macrons, wie der frühere Kabinettschef Mitterands und spätere Landwirtschaftsminister in der Regierung Jospin, Jean Glavany, hatten dem Vorhaben einen »anti-parlamentarischen Geist« attestiert.¹⁵ So sollen nicht nur die beiden Kammern verkleinert werden (aus »Kostengründen«, ein Argument das angesichts der tagelang kolportierten Privilegien Benallas als Leibwächter des Präsidenten vielleicht nicht die gewünschte Überzeugungskraft gehabt hätte), sondern auch ihre Rechte eingeschränkt werden. Gesetzesvorlagen sollen nur noch beschränkt verändert werden können, Gesetzesvorlagen, die der Regierung wichtig erscheinen, prioritär behandelt, die Budgetdebatte um 20 Tage verkürzt werden. Camouffiert wurde dieses Vorhaben mit belanglosen Willensbekundungen zur Bekämpfung des Klimawandels und einer ebenso belanglosen Wahlrechtsreform.¹⁶

SINKENDE UMFRAGEWERTE

Die Affäre Benalla wirkt sich aber auch unmittelbar auf die Beliebtheitswerte des Präsidenten aus. Im Juli 2018 erreichte die Unzufriedenheit der Franzosen mit Macron einen neuen Höhepunkt. Und dies obwohl der Skandal um Macrons Protegé sich noch nicht voll ausgewirkt hat, was das Meinungsforschungsinstitut IFOP auch daran festmachte, dass seine Werte in der zweiten Befragungswelle Ende Juli deutlich schlechter lagen, als in der ersten Welle Mitte Juli.¹⁷ Auch wenn Macron ein Absturz wie seinem schmachvoll gescheiterten Vorgänger François Hollande bislang erspart geblieben ist, entwickelt sich seine Popularitätskurve ähnlich wie jene seines ebenfalls gescheiterten konservativen Vorvorgängers Nicolas Sarkozy.¹⁸ Die Tendenz sinkender Umfragewerte ist dabei keineswegs ausschließlich oder in erster Linie auf die Affäre Benalla zurückzuführen. Sie verstärkt nur den Eindruck eines rücksichtslosen Vorgehens, wie es Macron bei mehreren wichtigen Gesetzesprojekten an den Tag gelegt hatte.

ARBEITSGESETZ UND STAATSBAHNEN

Bereits im Herbst des Vorjahres hatte Macron gegen den Widerstand der Gewerkschaften eine Reform des Arbeitsgesetzes durchgepeitscht, um die »Flexibilität des Arbeitsmarktes« zu erhöhen.¹⁹ Einige der von den Gewerkschaften und der Linksoption Jean-Luc Mélenchons besonders heftig kritisierten Punkte dieser Reform kommen dem österreichischen Beobachter angesichts jüngster schwarz-blauer Änderungen im Arbeitszeitgesetz besonders bekannt vor: Gesetzliche Schutzregelungen wurden gelockert, die Mitsprache auf betrieblicher Ebene deutlich reduziert. In Betrieben mit weniger als 20 Angestellten können betriebliche Vereinbarungen künftig ohne Mitsprache von Betriebsräten oder Gewerkschaften in Einzelvereinbarungen festgelegt werden. Fragwürdig war jedoch nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form der Änderung: Wesentliche Punkte wurden nicht im Gesetz selbst geregelt, sondern wurde die Regierung ermächtigt, diese in Verordnungen ohne parlamentarische Mitsprache zu regeln.²⁰

Ähnlich beabsichtigte die Regierung zuletzt auch bei der Reform der französischen Staatsbahn SNCF vorzugehen. Offiziell um die »Wettbewerbsfähigkeit« vor der europaweiten Liberalisierung des Eisenbahn-Personennahverkehrs zu erhöhen, sollte die Struktur der SNCF grundlegend umgestaltet und das bisherige Personalstatut für Neueintretende außer Kraft gesetzt werden. Erst nachdem sich die Unterstützung der konservativen Opposition für das Vorhaben abzeichnete, entschloss sich die Regierung, das Parlament selbst die entsprechenden Regelungen beschließen zu lassen.²¹ Die Gewerkschaften mobilisierten gegen die Reform: Sie befürchten, dass die Strukturreform nur eine Vorbereitung zur Privatisierung sei, die gesetzten Maßnahmen aber keinesfalls die strukturellen und wirtschaftlichen Probleme der SNCF lösen würden. Mit massiven Streiks – jede Woche zwei Tage – versuchten sie, die Regierung zum Einlenken zu zwingen. Die Regierung nahm Einnahmen-Verluste der SNCF von fast einer Milliarde Euro in Kauf,²² um das Scheitern der Streikbewegung durchzusetzen. Nach anfänglich sehr hoher Beteiligung ist der Anteil der am Streik beteiligten Mitarbeiter Ende Juni auf 10% gesunken.²³ Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und der konservativen Opposition im Juni von der Nationalversammlung beschlossen und vom Senat gebilligt.

Vieles spricht also für die von BeobachterInnen vertretene These, dass es Macron bewusst darum geht, gewerkschaftliche Hochburgen zu schwächen, um weitere »Reformen«

leichter durchsetzen zu können.²⁴ Die vor einem Jahr noch als schlechter Scherz abgetane, von Sebastian Kurz kolportierte Parallele seiner Politik zu der Macrons erscheint vor diesem Hintergrund weniger absurd, als ursprünglich vermutet.

AUTORITÄRES POLITIKMUSTER


Die beabsichtigte Schwächung des – von de Gaulle ohnehin »schwach« konzipierten – Parlaments zugunsten der Exekutive, die Erlassung zentraler Normen im Verordnungsweg, die gesetzlich angeordnete Reduzierung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht und die bewusste Eskalation sozialer Konflikte, um mit hohen finanziellen Kosten die Macht der Regierung gegenüber den Gewerkschaften unter Beweis zu stellen, sind Ausdruck einer bedenklichen, autoritären Entwicklung politischer Kultur. Macron gehörte bereits als Wirtschaftsminister in den Regierungen unter Hollande zu jenen, die ihre Gesetzesprojekte am Parlament vorbei durchzupeitschen suchten und verstärken sich diese autoritär-neoliberalen Politikmuster nun weiter.

KEINE WIRKSAME OPPOSITION

Von der konservativen Opposition gibt es in dieser Hinsicht keine grundsätzlichen Einwände. Macron setzt in vielen Punkten jene Reformen um, die sich die Unternehmerverbände lange gewünscht haben und kommt ihnen Macrons Politikmodell durchaus entgegen. Die Konservativen stellen sich der Regierung daher weitgehend bei symbolischen Anlässen, wie eben der Affäre Benalla, entgegen.

Die Linke bleibt hingegen auch ein Jahr nach ihrer Niederlage heillos zersplittert. Zurecht zweifeln französische Medien daran, dass die punktuelle Zusammenarbeit für einen gemeinsamen Misstrauensantrag von Parti Socialiste (PS), Parti Communiste (PCF) und Mélenchons linker Bewegung »La France insoumise« (LFI) in der Affäre Benalla Ausgangspunkt eines strukturierten Bündnisses sein könnte.²⁵ Während es sich der PS am Rande des politischen Abgrunds behaglich eingerichtet zu haben scheint, und der PCF über Mélenchons Erfolg und Eigenmächtigkeiten verärgert ist und schmolzt, stellt die Formation des charismatischen Ex-Sozialisten zwar anhaltend die zustimmungsstärkste linke Kraft dar, kann dies aber bislang nicht in funktionstüchtige Parteistrukturen übersetzen. Als One-Man-Show ist sie nur bedingt in der Lage, einen politischen Einigungsprozess auf Seite der Linken herbeizuführen, während es allen anderen Kräften und deren führenden Persönlichkeiten an der politischen, strategischen und rhetorischen Kapazität dafür fehlt.

Macron kann sich nach der vorläufig erfolgreichen Zerschlagung der Linken also weiterhin darauf konzentrieren, den Konservativen das Wasser abzugraben und die extreme Rechte in Schach zu halten. Es ist ein Spiel mit hohem Risiko für Macron selbst, Frankreich und Europa. Gelingt es der Linken nicht, wieder Fuss zu fassen, droht der (nunmehr in »Nationale Sammlung«) umbenannte Front National seine führende Stellung unter ArbeiterInnen weiter auszubauen, die Macrons Politik so kritisch sehen wie keine andere soziale Gruppe, und ist ein erfolgreicherer Antreten als 2017 keineswegs ausgeschlossen. Auch die Konservativen, die sich unter ihrem neuen Parteichef nach rechts orientieren, sind beim nächsten Urnengang keineswegs chancenlos.

Wie angesichts dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierung auf nationaler Ebene die oft beschworene Nützlichkeit Macrons als »europäischer Ebene« aussehen soll, bleibt fraglich. Das Aussehen Macrons als Strahlemann und Politikliebhaber des Jahres 2017 scheint unverändert. Das Bildnis, das seinen politischen Charakter und seine konkrete Politik widerspiegelt, muss im letzten Jahr aber um zumindest zehn Jahre gealtert sein. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist *gf.* Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. https://www.lemonde.fr/societe/article/2018/07/21/comment-l-affaire-benalla-est-devenue-une-affaire-d-etat_5334340_3224.html
2. https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/07/28/philippe-raynaud-l-affaire-benalla-n-est-pas-une-affaire-d-etat_5336958_3232.html
3. <http://www.europe1.fr/politique/macron-fustige-la-republique-des-fusibles-la-republique-de-la-haine-3718547>
4. <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2018/07/24/01016-20180724ARTFIG00067-affaire-benalla-chronologie-de-la-crise-qui-fait-trembler-la-majorite.php>
5. https://www.lexpress.fr/actualite/politique/malgre-sa-suspension-benalla-a-ete-payee-en-mai_2027710.html
6. <https://www.nouvelobs.com/politique/20180731.OBS0391/suspendu-alexandre-benalla-a-utilise-deux-fois-son-badge-pour-l-assemblee-nationale.html>
7. https://www.lemonde.fr/pixels/article/2018/07/26/affaire-benalla-pourquoi-la-question-des-images-de-video-surveillance-est-centrale_5336209_4408996.html
8. https://www.lemonde.fr/pixels/article/2018/07/31/affaire-benalla-la-cnll-ouvre-une-enquete-sur-la-duree-de-conservation-des-images-de-video-surveillance_5338001_4408996.html
9. [- vention-d-emmanuel-macron-s-est-rapidement-transformee-en-un-plaidoyer-contre-les-medias_5337387_3232.html
 10. \[https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/07/23/affaire-benalla-les-cinq-elements-cles-de-l-audition-de-gerard-collomb-a-l-assemblee_5334952_823448.html\]\(https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/07/23/affaire-benalla-les-cinq-elements-cles-de-l-audition-de-gerard-collomb-a-l-assemblee_5334952_823448.html\)
 11. \[https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/07/27/affaire-benalla-a-l-assemblee-nationale-la-commission-d-enquete-implose_5336588_823448.html\]\(https://www.lemonde.fr/politique/article/2018/07/27/affaire-benalla-a-l-assemblee-nationale-la-commission-d-enquete-implose_5336588_823448.html\)
 12. <https://www.nouvelobs.com/politique/20180726.AFP4246/affaire-benalla-une-tempete-dans-un-verre-d-eau-selon-macron.html>
 13. <https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/07/115732-Rapport-ATL.pdf>
 14. <https://www.lejdd.fr/politique/la-reforme-constitutionnelle-va-t-elle-passee-a-la-trappe-3724787>
 15. \[http://www.liberation.fr/debats/2018/07/19/reforme-constitutionnelle-gare-a-l-antiparlementarisme_1667550\]\(http://www.liberation.fr/debats/2018/07/19/reforme-constitutionnelle-gare-a-l-antiparlementarisme_1667550\)
 16. \[https://www.lesechos.fr/04/05/2018/lesechos.fr/0301642705824_ce-que-contient-precisement-la-reforme-constitutionnelle.htm\]\(https://www.lesechos.fr/04/05/2018/lesechos.fr/0301642705824_ce-que-contient-precisement-la-reforme-constitutionnelle.htm\)
 17. <https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/07/Indices-de-popularite-Juillet-2018-27.07.2018.pdf>
 18. <https://www.ouest-france.fr/politique/emmanuel-macron/popularite-macron-son-plus-bas-niveau-en-juillet-selon-sept-instituts-de-sondage-5904008>
 19. <https://www.nouvelobs.com/economie/20170831.OBS4074/reforme-du-code-du-travail-beaucoup-de-flexibilite-peu-de-securite.html>
 20. <https://www.lesechos.fr/economie-france/dossiers/030416148716/030416148716-la-reforme-du-code-du-travail-par-ordonnances-2192495.php>
 21. <http://www.europe1.fr/politique/sncf-le-gouvernement-renonce-aux-ordonnances-sur-louverture-a-la-concurrence-3613925>
 22. <http://www.lefigaro.fr/flash-eco/2018/07/20/97002-20180720FILW-ww00126-la-greve-a-coute-790-millions-d-euros-a-la-sncf.php>
 23. \[https://www.lemonde.fr/economie/article/2018/06/22/greve-sncf-le-taux-de-grevistes-sous-la-barre-des-10_5319630_3234.html\]\(https://www.lemonde.fr/economie/article/2018/06/22/greve-sncf-le-taux-de-grevistes-sous-la-barre-des-10_5319630_3234.html\)
 24. \[https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/06/30/macron-et-les-syndicats-il-ya-une-volonte-de-reduire-les-bastions-syndicaux_5323654_3232.html\]\(https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/06/30/macron-et-les-syndicats-il-ya-une-volonte-de-reduire-les-bastions-syndicaux_5323654_3232.html\)
 25. \[https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/08/01/les-illusions-d-une-censure-de-gauche_5338104_3232.html?xtmc=reforme_sncf&xtcr=2\]\(https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/08/01/les-illusions-d-une-censure-de-gauche_5338104_3232.html?xtmc=reforme_sncf&xtcr=2\)](https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/07/30/alexis-levrier-l-inter-

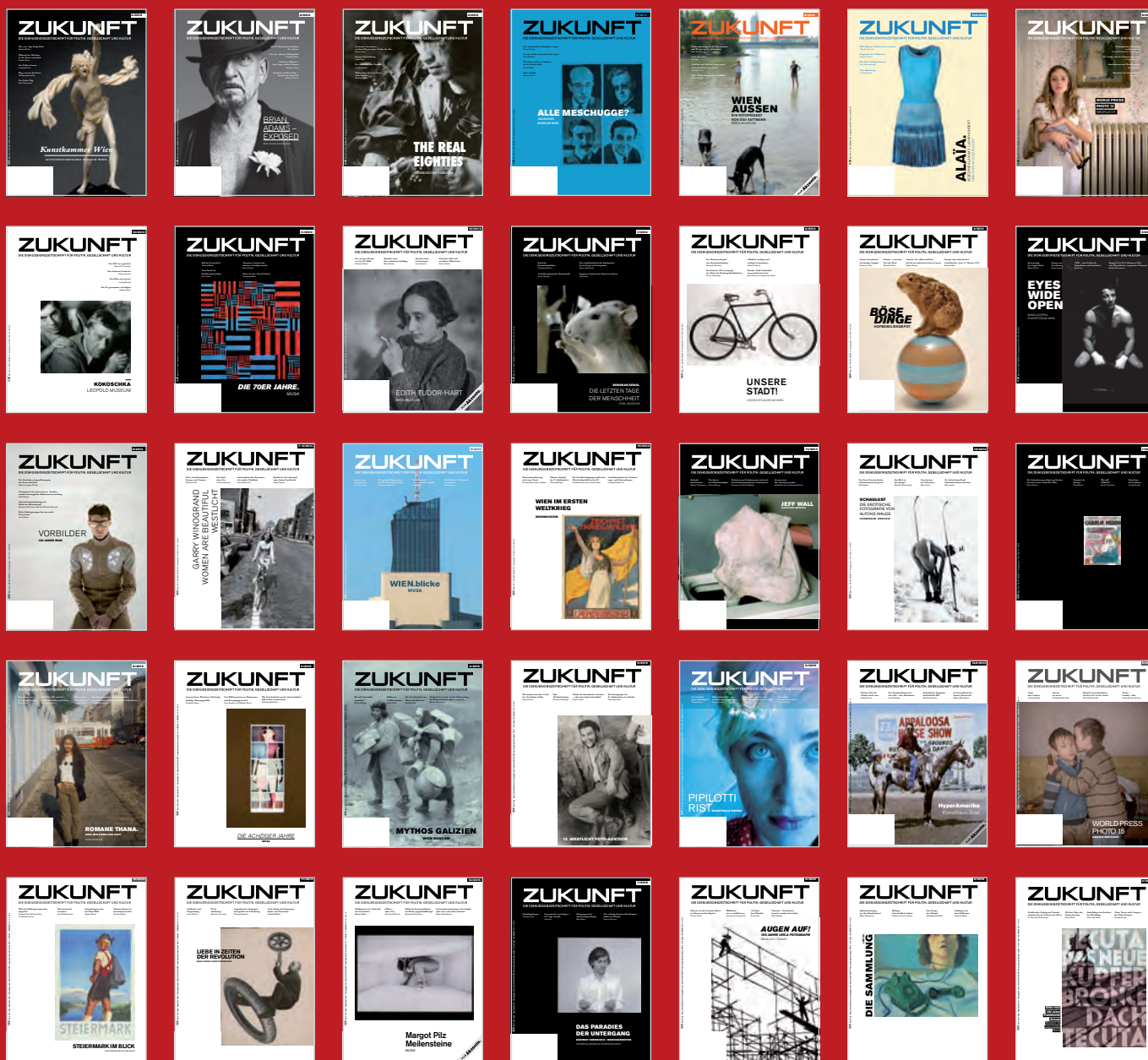
</div>
<div data-bbox=)



Vivian Maier
Mai 1979

© Estate of Vivian Maier, Courtesy of Maloof Collection
and Howard Greenberg Gallery, NY





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: